

Pühringer, Stephan; Ötsch, Walter O.

Working Paper

Das Team Stronach. Eine österreichische Tea Party?

ICAE Working Paper Series, No. 19

Provided in Cooperation with:

Johannes Kepler University Linz, Institute for Comprehensive Analysis of the Economy (ICAE)

Suggested Citation: Pühringer, Stephan; Ötsch, Walter O. (2013) : Das Team Stronach. Eine österreichische Tea Party?, ICAE Working Paper Series, No. 19, Johannes Kepler University Linz, Institute for Comprehensive Analysis of the Economy (ICAE), Linz

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/171396>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

ICAE Working Paper Series



No. 19
August 2013

Das Team Stronach
Eine österreichische Tea Party?

Stephan Pühringer und Walter Otto Ötsch

**Institute for Comprehensive
Analysis of Economy**

**Institut für
die Gesamtanalyse der
Wirtschaft**

**Johannes Kepler
Universität Linz**

Altenbergerstraße 69
4040 Linz
Austria

Tel.: +49 732 2468 3402

csc@jku.at
www.icae.at



JOHANNES KEPLER
UNIVERSITY LINZ | JKU

Das Team Stronach

Eine österreichische Tea Party?

Gliederung

1. Einleitung	1
2. Die Tea Party	2
2.1. Hintergrund: die Krise 2008	2
2.2. Das Narrativ der Tea Party	7
2.3. Die marktradikale Ideologie der Tea Party	12
2.4. Bewegung oder Schein-Bewegung?	14
3. Frank Stronach und das Team Stronach	16
3.1. Genese und politische Hintergründe des Teams Stronach	16
3.2. „Franks Welt“: Dominante Argumentationsmuster	18
3.3. Grundsatzprogramm Team Stronach für Österreich	20
4. Exkurs: Die Alternative für Deutschland	22
5. Stronach und die Tea Party	24
5.1. Hintergründe	24
5.2. Narrative	26
5.3. Marktradikale Ideologien	31
6. Zusammenfassung	33
Literatur	36

1. Einleitung

Mit der Gründung des Teams Stronach am 27.9.2012 betrat eine neue politische „*Bewegung*“ (so die Selbstbezeichnung) die politische Bühne in Österreich, die das Potential hat, diese zu verändern. Frank Stronach gelang es innerhalb von kurzer Zeit mit skurrilen Auftritten (insbesondere den ZIB-Interviews mit Armin Wolf) zu einer zweifelhaften Berühmtheit als Politiker zu gelangen. Aber Frank Stronach war in Österreich schon lange eine bekannte Person. Der Magna-Konzern ist ein wichtiger wirtschaftlicher Akteur und Frank Stronach hält seit vielen Jahren enge Kontakte zu PolitikerInnen vieler Couleurs. Stronach ist in der Bevölkerung als Unternehmer beliebt, Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl bezeichnet ihn als „*toller Unternehmer, der seine Unternehmen auf Erfolgskurs gebracht hat.*“ (zit. nach Zwander 2012).

Stronach als Parteigründer zehrt von seiner Beliebtheit als wichtiger Arbeitgeber in Österreich und betont bei jeder Gelegenheit, dass er in Österreich bereits Tausende Arbeitsplätze geschaffen habe und auch „*Löhne bezahle*“. Offensichtlich ist es Stronach gelungen, diese Beliebtheit in seine Parteigründung mitzunehmen und von ihr politisch zu profitieren. Auffallend ist auch, dass Stronach inhaltlich von den anderen Parteien kaum substantiell kritisiert wird. Aber Stronach hat eindeutige politische Absichten, die er offen formuliert. In diesem Paper nehmen wir Stronach und sein „*Team*“ inhaltlich-politisch ernst. Wir machen dabei auf Parallelen zur Tea Party in den USA und zur *Alternative für Deutschland* aufmerksam. Wir interpretieren diese drei neuen „*Bewegungen*“ als Wiederbelebung neoliberaler Ideen nach der globalen Krise ab 2008, - welche nach unserer Auffassung durch eine neoliberale Politik mitverursacht wurde. Die Krise hat also dazu geführt, dass neue und noch radikalere Formen des Neoliberalismus entstanden sind. Als Beleg für unsere These zeigen wir den Entstehungskontext der drei „*Bewegungen*“ und analysieren ihre dominanten Diskursmuster und Narrative, wobei auch auf Unterschiede eingegangen wird. Insbesondere soll geprüft werden, ob Stronach und sein „*Team*“ als österreichische Variante einer Tea Party bezeichnet werden kann.

Dabei wird zuerst die Tea Party in ihren Zeitbezügen (2.1.) und ihrem wichtigsten Narrativ dargestellt (2.2). Wir verstehen die Tea Party als eine neue marktradikale Bewegung mit eigenen Ausprägungen (2.3.), z.B. auch als Mischung einer „*Graswurzelbewegung*“, die zugleich von Milliardären unterstützt wird (2.4.). Im Teil 3 werden Hintergründe der

Partei Gründung von Frank Stronach angesprochen und Inhalte und dominante Argumentationsmuster dargestellt. Teil 4 beschreibt in einem Exkurs die neue *Alternative für Deutschland*, auch in Bezügen zu den genannten Inhalten der Tea Party und zum „Team Stronach“. In Teil 5 werden die Parallelen von Stronach und der Tea Party zusammengefasst.

Teil 6 formuliert zusammenfassend die Hauptthese des Papers. Als Ergebnis schlagen wir vor, die drei erwähnten Strömungen als eine neue Form von Neoliberalismus nach der Krise 2008/09 zu verstehen. Offensichtlich findet (nicht nur in Österreich) ein substantieller Wandel von Politik statt, wenn Milliardäre direkt Politiker spielen. Das konsequente Rückbesinnen auf scheinbar gefährdete neoliberale Werte kann als zugespitzter Verteilungskonflikt zugunsten einer ökonomischen Elite verstanden werden, die im Zuge der Krisenpolitik um ihren politischen Einfluss fürchtet.

2. Die Tea Party

2.1. Hintergrund: die Krise 2008

Die US-amerikanische Tea Party ist ein Kind der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 und ihrer politischen Reaktionen (Beyer u.a. 2013). Sie stellt eine überraschende Entwicklung dar, angesichts der Situation, die Ende 2008/Anfang 2009 in den USA geherrscht hat. Barack Obama hatte bekanntlich Anfang November 2008 die Wahl zum US-Präsidenten mit einem deutlichen Vorsprung vor seinem Rivalen John McCain gewonnen. Die Finanzkrise selbst, die wenige Wochen vorher ausgebrochen war (Fall von Lehman Brother Mitte September 2008) war eine Überraschung für alle im Wahlkampf. Sie markiert zugleich einen wichtigen Bestandteil von Obamas Erfolg und hatte ihm letztlich den hohen Sieg eingebracht.¹

¹ McCain lag in den Meinungsumfragen in der ersten Septemberhälfte 2008 um 2 bis 3 Prozentpunkte vor Obama. Der Kollaps der Investmentbank *Lehmann Brothers* und des Versicherungskonzerns *AIG* brachte unmittelbar den Stimmungsumschwung. Seit diesem Zeitpunkt stieg die Zustimmung zu Obama kontinuierlich an, sein Vorsprung auf McCain wurde bis zur Wahl immer größer. Vgl. RealClearPolitic.com, Obama/MacCain Election Data, www.realpolitics.com/epolls/2008/president/us/general_elections_mccain_vs_obama-225.html; zitiert nach Habbu 2011, 14.

Obamas Sieg war getragen von einer Rhetorik des Wandels („*Change*“). Diese richtete sich auch gegen die Wirtschaftspolitik seines Vorgängers George W. Bush, Präsident von 2001 bis Anfang 2009. Das Votum für Obama kann auch als Votum gegen eine neoliberale Wirtschaftspolitik verstanden werden. Obama hat zudem im Wahlkampf die neoliberale Ideologie direkt angesprochen und kritisiert, z.B. in den TV-Debatten mit seinem republikanischen Konkurrenten John McCain.²

Nach dem Beinahe-Kollaps der Wirtschaft und nach der Wahl Obamas schienen die Republikaner und das von ihnen getragene neoliberale Denken in den USA an einem Tiefpunkt angekommen zu sein (Frank 2012: 4ff.); Kommentatoren sprachen zu dieser Zeit von einer „Legitimationskrise des Neoliberalismus“ (Habbu 2011). Allgemein wurde Ende 2008/Anfang 2009 ein deutlicher Rückbau der jahrzehntelangen Deregulierungen in den USA (und auch weltweit) erwartet.³ Die Meinungsumfragen in den USA aus dieser Zeit belegen diese Stimmung. So war z.B. Anfang 2009 der Abgang von Bush begleitet von der niedrigsten Zustimmungsrates zu einer Präsidentschaft in der Geschichte der USA: nur 22% Prozent stimmten seiner Präsidentschaft zu, 73 % lehnten sie ab.⁴ Auch eine Revision der Deregulierungspolitik lag im Trend: Noch zu Beginn des Jahres 2010 gab es in der US-Bevölkerung eine hohe Zustimmung zu Reformen im Finanzsystem (65% zu 31%, die dies ablehnten).⁵

Die Erwartungshaltung der Mehrheit der Bevölkerung und die Rhetorik von Obamas erster Wahlkampagne kontrastieren mit den tatsächlichen Maßnahmen der Regierung Obama. Diese Diskrepanz hat viele Gründe. Unter ihnen ragen zwei Momente heraus:

(a) Die Regierung unter Obama hat die Maßnahmen, mit denen die Bush-Regierung der Finanz- und dann Wirtschaftskrise begegnete, nicht kritisiert und nach Regierungsantritt

² „I believe this is a final verdict on the failed economic policies of the last eight years, strongly promoted by President Bush and supported by Sen. McCain, that essentially said that we should strip away regulations, consumer protections, let the market run wild, and prosperity would rain down on all of us. It hasn't worked out that way. And so now we've got to take some decisive action.“ (Transcript of second McCain - Obama debate, October 7, 2008; zit. nach Habbu 2011, 12).

³ z.B. erkennbar an den G 20-Tagungen im November 2008 und März 2009, bei denen eine umfassende Neuregulierung des Finanzsystems proklamiert wurde.

⁴ Bush's Final Approval Rating: 22 Percent: CBS News/N.Y. Times Poll Finds President Will Leave Office With Lowest Finals Approval Rating Ever, June 16, 2009, CBSnews.com, <http://www.cbsnews.com/stories/2009/01/16/opinions/polls/main4728399.shtml>; zit. nach Habbu 2011, 14.

⁵ Andy Barr: Nearly two-third of Americans support financial reform, April 26, 2010, Politico.com.

(Jänner 2009) nicht revidiert, sondern kontinuierlich fortgesetzt. Dies gilt insbesondere für die Art, wie die amerikanische Notenbank (*Federal Reserve System*, kurz: Fed) versuchte, Banken und Schattenbanken sowie die Finanzmärkte zu stabilisieren (Beyer u.a. 2013). Formal ist die Notenbank selbständig, doch die konkrete Politik geschah in Abstimmung mit dem Finanzminister. Dabei wurden bekanntlich die Bilanzen der Fed drastisch ausgeweitet (*quantitative easing*) und die Struktur ihrer Aktiva deutlich verändert (*qualitative easing*), z.B. durch den Tausch von Staatsanleihen gegen Papiere mit schlechterer Bonität. Die Fed etablierte eine Vielzahl neuer Liquiditätsinstrumente in historisch einmaliger Höhe.⁶ Bereits Ende November 2008 kam eine Auflistung des TV-Senders CNBC auf eine Gesamtsumme von über 7 Billionen US-\$, welche die Fed und das amerikanische Finanzministerium und andere Regierungsorganisationen gemeinsam ausgegeben hatten.⁷

Diese Politik wurde federführend von Ben Bernanke, Chef der Notenbank, und von Timothy Geithner, Präsident der New Yorker Fed, getragen. Bernanke bekam sein Amt unter Bush Anfang 2006, er wurde im August 2009 von Obama für eine zweite Amtszeit vorgeschlagen (und später vom Bankenausschuss des Senates bestätigt). Geithner wiederum wurde bekanntlich Obamas erster Finanzminister. Beide Bestellungen demonstrieren, dass es in der Regierung Obama keinen Bruch zu jener Politik gab, mit denen die Regierung Bush die Finanzkrise gehandhabt hatte.

(b) Diese Politik wurde von jenen Personen unterstützt, die unter Obama als ökonomische Berater Einfluss erlangten. Obama hatte ursprünglich ein „Außenseiter-Team“ von ÖkonomInnen. Unter ihnen waren durchaus unterschiedliche Vorschläge, z.B. zu einer

⁶ Beispiele sind (Beyer u.a. 2013): die *Term Auction Facility* (TAF), durch die Banken direkten Zugang zur Zentralbank bekamen und eine breitere Palette an Sicherheiten verwendbar wurde, und die *Term Security Lending Facility* (TSLF), die es Banken erlaubt, illiquide Wertpapiere gegen Staatspapiere zu tauschen. Im Rahmen der PDCF (*Primary Dealer Credit Facility*) wurde auch Investmentbanken den Zugang zu Zentralbankgeld gewährt. Nach dem Zusammenbruch von *Lehman Brothers* im Herbst 2008 wurden Fazilitäten für Geldmarktfonds und Commercial-Paper-Programme eingeführt: *Asset-Backed Commercial Paper Money Market Mutual Fund Liquidity Facility* (AMLF), die *Money Market Investor Funding Facility* (MMIFF) sowie die *Term Asset-Backed Securities Loan Facility* (TALF) (siehe Financial Crisis Inquiry Commission 2010). Die erste große Maßnahme war das *Troubled Asset Relief Program* (TARP), ursprünglich auf 700 Mrd. \$ konzipiert. TARP wurde auch von McCain unterstützt, er forderte sogar noch höhere Summen. McCain schlug zudem vor, die Gewaltenteilung außer Kraft zu setzen. Die Regierung sollte ohne Kongressbeschluss (die erste Vorlage zum TARP wurde bekanntlich vom Kongress abgelehnt) direkt exekutiv agieren können. (www.presstv.ir/detail.aspx?id=71041§ionid=3510203).

⁷ Financial Crisis Tab Already In The Trillions and Counting, CNBC vom 28.11.2008 (www.cnbc.com/id/27719011).

Bankenregulierung, zu finden.⁸ Obamas erstes Team wurde aber im Übergang zum Amtsantritt weitgehend durch ExpertInnen ersetzt, die bereits unter den Regierungen Clinton (1993 bis 2001) hohe Positionen inne hatten („Insider-Team“). Die bekanntesten Namen sind hier Robert Rubin, 1995 bis 1999 Finanzminister unter Clinton, und Larry Summers, sein Nachfolger in diesem Amt (1999 – 2001). Summers wurde dann unter Obama zum *Director of the White House United States National Economic Council* bestellt.⁹ Das „Insider-Team“ hatte inhaltlich eine eindeutige Ausrichtung. Diese Personen hatten unter Clinton das Programm einer umfangreichen Deregulierung der Finanzmärkte aktiv vorangetrieben (ein Höhepunkt war der *Financial Modernization Act*, von 1999, genannt *Gramm-Leach-Bliley Act*). Das Time Magazin beschrieb im Jahre 1999 Alan Greenspan (*chairman* der Fed von 1987 bis 2006), Robert Rubin und Larry Summers als *Committee to Save the World*. Ihre „Ideologie“ wurde dabei so skizziert: „*their faith is in markets and in their own ability to analyze them*“.¹⁰

Mit anderen Worten: Obamas ökonomische BeraterInnen waren Personen sowohl mit einem Nahverhältnis zur Wall Street (verkörpert im Einfluss der Fed, einer halbprivaten Institution, getragen von den großen Banken) und/oder Personen, die in der Geschichte der Deregulierung eine entscheidende Rolle gespielt haben. Ihre eigene Lebensgeschichte ist mit der Geschichte der Deregulierung unmittelbar verbunden. Wenn die lange Periode der Deregulierung als eine der Ursachen der Finanzkrise betrachtet wird (das ist unsere Position), dann sind die genannten Personen auch (mit)verantwortlich für die Krise. In einer adäquaten Aufarbeitung der Ursachen der Krisen hätten sie also auch ihre eigene Rolle mitreflektieren müssen. Aber die Einsicht in die eigene Rolle bei Krisen, die man mitverursacht hat, gelingt nur wenigen. Der Mehrzahl der PolitikerInnen, BeraterInnen, WirtschaftsexpertInnen¹¹ und WirtschaftsjournalistInnen insgesamt (auch in Europa) war es nach Ausbruch der Finanzkrise

⁸ Unter ihnen Austan Goolsbee, Lehrer an der *University of Chicago*, Robert Reich, früherer Arbeitsminister, der später als „Dissident“ galt, Paul Volcker, Vorsitzender (*chairman*) der Fed von August 1979 bis August 1987 und Bill Donaldson, 2003-2005 Chef der Regulierungsbehörde *Security and Exchange Commission* (SEC), er wollte die Hedgefonds mehr regulieren und wurde dann von Bush aus dem Amt gedrängt. Vgl. dazu im Detail Scheiber 2011.

⁹ Wichtige Personen waren in dieser Gruppe Gene Sperling (unter Clinton 1993–1996 *Deputy Director of the National Economic Council*), Lewis („Lee“) Sachs (er arbeitet im Finanzministerium unter Robert Rubin als *Deputy Assistant Secretary for Government Financial Policy*) und Jason Furman, Leiter einer ökonomische und advokatorischen Gruppe, die Robert Rubin gegründet hatte. Viele Details beschreibt Scheiber 2011.

¹⁰ Ramo, Joshua Cooper: *The Three Marketeers*, Time, February 15, 1999; zitiert nach Frank 2012: 27f.

¹¹ Zum Diskurs deutschsprachiger ÖkonomInnen nach der Krise 2008 vgl. Hirte 2013.

nicht möglich, eine kritische Distanz zu ihrer eigenen historischen Rolle, zu den großen Banken und zur Architektur des Finanzsystems aufzubauen, auch die Medien haben sie dabei nicht unterstützt. Damit waren (um zu Obamas Team zurückzukommen) vom „Insider-Team“, das zur Macht gelangte, keine ernsthaften Anstrengungen zur Zähmung der Banken und Schattenbanken zu erwarten, - die Architektur des Finanzsystems hat sich seither auch nicht wesentlich verändert.

Der Umgang mit der Krise unter Bush und Obama hatte weit reichende Folgen für das politische Klima in den USA (und weltweit). Der Regierung Obama gelang es nicht ein stimmiges Narrativ zur Finanzkrise und zu den gewaltigen Rettungsmaßnahmen zu entwickeln.¹² Der Bevölkerung wurde nicht nachhaltig und wiederholt erklärt (auch mit Slogans und ansprechenden Metaphern), wie und warum es zur Krise ab 2008 gekommen ist, wer für die Krise verantwortlich ist und wie und mit welchen Maßnahmen man in der Zukunft eine neue Krise verhindern wolle. Die Demokraten unter Obama wurden von der Finanzkrise überrascht und konnten sich dann nicht von ihrer eigenen Geschichte als Betreiber der Deregulierung (vor allem unter Clinton) lösen. Obama hat zudem keine Anstrengungen unternommen, seine rhetorischen Fähigkeiten und die Welle der Begeisterung bei seinem Amtsantritt auszunützen, um eine breite Zustimmung der Bevölkerung für einen wirkungsvollen Umbau des Finanzsystems zu erhalten. Angesichts einer systemischen Krise der Wirtschaft gelang es den Demokraten nicht eine neue Sicht des Wirtschaftssystems zu entwickeln, dies wurde weder als Problem erkannt noch ernsthaft angestrebt.¹³ Bezeichnend ist dabei der Unterschied zu den dreißiger Jahren, wie die Regierung Roosevelt damals mit der Weltwirtschaftskrise umgegangen ist. Auch in dieser Zeit war die Rettung von Banken extrem unpopulär. Roosevelt hat sich aber (zumindest) rhetorisch gegen die Banken positioniert.¹⁴ Im Gegensatz dazu wurde von der Regierung Obama im Diskurs zur Krise eine

¹² Dies wurde auch in Europa versäumt. Auch hier ist es insbesondere der Sozialdemokratie nicht gelungen, ihren eigenen historischen Beitrag zur Entwicklung der Krise zu erkennen, kritisch zu reflektieren und inhaltlich und personelle Schlüsse zu ziehen. Ein besonderes Beispiel bietet dazu die SPD zu den Wahlen zum Bundestag 2013, in teilweise personeller Kontinuität zur Regierung Schröder.

¹³ Für Geithner war es unvereinbar, die Banken zu retten und zugleich den „Blutdurst“ der Bevölkerung in Bezug auf Wall Street (so hat er das formuliert) zu befriedigen (Scheiber 2011, Kapitel 8).

¹⁴ Roosevelt hat sich 1932 in seiner berühmten Rede über den *“forgotten man”* im Gegensatz zu *“big banks, the railroads, and the corporations of the nation”* gestellt (Olson, James Stuart: Herbert Hoover and the Reconstruction Finance Corporation, 1931 – 1933, Iowa State University press, Ames 1977, 53; zitiert nach Scheiber 2011, 174.) Zum Finanzminister wurde von ihm der

technokratische Diktion eingeschlagen, welche von der Mehrheit der Bevölkerung nicht verstanden werden konnte. Vor allem hat man sich dabei nicht ernsthaft von den großen Banken distanziert, Obama hat die Macht der Wall Street öffentlich nicht wirklich thematisiert (Frank 2012, Kap. 10).¹⁵

2.2. Das Narrativ der Tea Party

Vor dem geschichtlichen Hintergrund der größten Wirtschaftskrise seit 1929, historisch einmaligen Rettungsmaßnahmen und dem Nichtvorhandensein eines erklärenden Narrativs entstand im Frühjahr 2009 die Tea Party. (Ihr Name knüpft an die *Boston Tea Party* von 1773 an, hier ging es um den Widerstand der amerikanischen Siedler gegen die britische Kolonialpolitik. *Tea* steht auch als Abkürzung für *taxed enough already*). Die Proteste der Tea Party bezogen sich auf die Wirtschaftskrise und die darauf erfolgte Wirtschaftspolitik und sprachen zum Unterschied zu den Demokraten ökonomische Themen aggressiv an.¹⁶ Ihre zentrale Botschaft ist eine kohärentes Narrativ zur Krise und den danach getroffenen Maßnahmen. Beide werden zur Gänze der Regierung Obama bzw. „der Politik“ allgemein zugesprochen. Die Tea Party kleidet eine neue marktradikale Botschaft in eine altbewährte demagogische Rhetorik. Dabei wird das Bild einer gigantischen Verschwörung gemalt. In einem demagogischen Welt-Bild, wie wir es verstehen, wird die Bevölkerung stereotyp in zwei homogene Gruppen eingeteilt: die Gruppe der „Wir“ und die Gruppe der „Die“. Beide Gruppen befinden sich, so wird gesagt, in einem intensiven Kampf. „Wir“ und „Die“ sind dabei moralisch eindeutig verortet: Den guten „Wir“ stehen die bösen „Die“ gegenüber. „Die“ bedrohen „Uns“ und „Wir“ haben uns gegen „Die“ zu wehren (Ötsch 2002a und b).

Das Narrativ der Tea Party folgt dieser (manichäischen) Vorlage (Messick 2013). Sie malt das Bild einer zutiefst gespaltenen Gesellschaft. Eine abgehobene Elite („Die) steht „der“

Banker Jesse Jones bestellt, der sein Amt in klarem Gegensatz zu Wall Street ausübte (Scheiber 2011: 17ff.).

¹⁵ Bezeichnenderweise standen auf der Liste, die Obama zur Wahl seines ersten Finanzministers vorgelegt wurde, neben Larry Summers und Tim Geithner nur noch Jamie Damon, CEO von Morgan Stanley, und John Corzine, CEO von Goldman Sachs (Scheiber 2011: 7f.).

¹⁶ Thomas Frank beschreibt die Tea Party als vierte neokonservative Welle in den USA (die letzten drei können auch als neoliberal bezeichnet werden): (1) Die Wahl von Richard Nixon als Reaktion auf den Rückschlag im Vietnam-Krieg, (2) die *Tax Revolution* in den 70er-Jahren, kulminierend in der Wahl von Ronald Reagan 1980 und (3) der *Contract with America* und die *Gingrich Revolution*, die bei den Kongresswahlen 1994 - neben anderen Einflussfaktoren - wieder zu einer Mehrheit für die Republikaner geführt hat (Frank 2012: 2).

Bevölkerung („Wir“) feindlich gegenüber. Die Elite wird in dieser Deutung politökonomisch definiert: Sie besteht aus ManagerInnen, vor allem aus der Wall Street, und zugleich aus den PolitikerInnen der (von den Demokraten geführten) Regierung. Diese privilegierte Elite steht in Kontrast zum „kleinen Mann“, der sein Brot in harter Arbeit verdienen muss. Nach Ansicht der Tea Party repräsentiert der „Sozialist“ Obama die Interessen dieser Elite, die sich gegen die breite Bevölkerung verschworen hat.

In dieser Sichtweise viele Maßnahmen in einen Topf geworfen werden. Die gewaltigen Hilfen für die Banken, das Programm zur Ankurbelung der Konjunktur (*American Recovery and Reinvestment Act*, ARRA, vom Februar 2009, ursprünglich auf 787 Mrd. \$ geplant), Obamas Gesundheitsreform und neue Versuche zur Regulierung der Wirtschaft werden allesamt als perfide Maßnahmen der Elite gegen die Bevölkerung gedeutet. Sie dienen nicht der Mehrheit, sondern jenen, die vom Staat in irgendeiner Weise profitieren. Dazu zählen auch Personen, denen bei Zahlungsproblemen geholfen wird, z.B. wenn sie Schwierigkeiten haben ihre Hypothekarkredite zu begleichen. Personen dieser Art sind keine Opfer der Krise, sondern gehören der privilegierten Elite an, weil es ihnen gelungen ist, den Staat für ihre persönlichen Probleme einzuspannen. Hilfen dieser Art sind prinzipiell unzulässig. In ihrem Inhalt sind wie die Milliardenhilfen für die großen Banken und von diesen moralisch nicht zu unterscheiden.

Die Elite bzw. „das System“ besteht in diesem Bild aus privilegierten Personen, die sich des Staates bemächtigt haben und mit seiner Hilfe ökonomische Vorteile erringen, die ihnen moralisch – aufgrund ihrer geringen eigenen Anstrengungen – gar nicht zustehen. Der Staat generell hat sich in dieser Sichtweise in ein Instrument zur „Versklavung“ von freiheitsliebenden Bürgern verwandelt (Messick 2013). Der Ärger auf die riesigen „Rettungsprogramme“, auf Bankenchefs mit überzogenen Boni, auf Hilfen für erfolglose ManagerInnen (z.B. in der Autoindustrie) und auf „den Nachbarn“, der sich ein Haus gekauft hat, das er sich eigentlich nicht leisten konnte, werden gebündelt und in ein Gesamt-Bild überführt:

“Many of us knew instinctually the bailout was wrong. We understood that in order for capitalism to work we need to be able to not only keep the potential gains from the risks we take but also accept losses that may come. With profit comes the potential of loss. Many of us had either a neighbor or heard about someone who had been living too high on the hog for too long and were

wondering why we were now supposed to pay for it." (aus einem *Tea Party Manifesto*)¹⁷

Mit anderen Worten: die Milliarden für die Banken (und ihre EigentümerInnen und GläubigerInnen) und die Unterstützungen für wirtschaftlich Schwache gelten für Tea-Party-AnhängerInnen als Momente derselben Politik, die als moralisch unzulässig eingestuft wird. Jede staatliche Unterstützung bedeutet, dass „Die“ vom Staat etwas bekommen, was ihnen nicht zusteht. Dieser Gruppe stehen die moralischen „Wir“ gegenüber, die unter der staatlichen Verteilungspolitik zu leiden haben und dafür aufkommen müssen. Die „Wir“ arbeiten hart und sind in die kapitalistische Wirtschaft auf integre Weise eingebunden: sie akzeptieren z.B., wie das obige Zitat besagt, dass das wirtschaftliche Leben auch Risiken und Verluste mit sich bringen kann, die man selbst zu tragen hat (Rae 2011).

Die Gruppe der „Wir“ wird dabei weit und zugleich homogen gedacht. In ihr verschmelzen Trader und reiche KapitalistInnen mit dem „kleinen“ Mann. Sie alle bilden „die schweigende Mehrheit“ (Frank 2012: 46ff.), - einer der Organisatoren der Tea Party sprach von ihnen als:

„simply working people who wanted the freedom to continue working and to enjoy the fruits of their labor in a fair way“.¹⁸

„Wir“ und „Die“ können dementsprechend auch als Gegenüberstellung von „Arbeitenden“ zu „Nicht-arbeiten-Wollende“ verstanden werden. Das Problem sind jene Personen, die harte Arbeit scheuen. Unter ihren überzogenen Ansprüchen kollabiert die Nation, die Folge sind stetig steigende Staatschulden. Staatschulden sind vor allem ein moralisches Problem. Sie resultieren aus den Ansprüchen derjenigen, die ihr Geld nicht durch eigene Anstrengung verdienen wollen. Dazu zählen Arme, ImmigrantInnen, AfroamerikanerInnen, Gewerkschaftsmitglieder und zugleich BankerInnen und ManagerInnen, die Staatshilfe anstreben (Berg 2011).

Aber das könne nach der Tea Party auf einfache Weise gelöst werden: man müsse die Staatschulden radikal senken und den Staat zurückbauen. Dieser Vorschlag wird in einen Geschichtsmythos eingebettet, der sich aus der Logik einer zweigeteilten sozialen Welt

¹⁷ Arme, Dick and Kibbe, Matt: Give Us Liberty. A Tea Party Manifesto. NewCollins 2010, 38; zitiert nach Frank 2012: 53.

¹⁸ John M O'Hara, A New American Tea Party, Hoboken NJ: Wiley, 2010: 2; zitiert nach Frank 2012: 47.

ergibt.¹⁹ Sie erfordert ein Modell mit drei historischen Phasen: eine glorreiche Vergangenheit (bei der die „Wir“ am Ruder waren), eine problematische Gegenwart (jetzt haben die „Die“ das Sagen) und eine utopische Zukunft (wenn die „Wir“ wieder an die Macht kommen).²⁰

Die glorreiche Vergangenheit der Tea Party liegt in den Anfangsjahren der USA, konkret bei den heroischen Taten der „Gründungsväter“, die die amerikanische Verfassung von 1776 geschrieben haben. Die anfängliche Version der Verfassung gilt dabei als „heilig“. Sie sollte in ihren Inhalten nicht verändert werden (konstitutioneller Originalismus). Im Gegensatz dazu sei die Gegenwart von Dekadenz gekennzeichnet, weil die Verbindung mit den ursprünglichen Ideen der Verfassung verlorengegangen ist. Deswegen stehe die Nation vor einem Kollaps. Die Abhilfe sei eine radikale Neubesinnung. Sie mache eine glorreiche Zukunft möglich, weil alle Probleme der Gegenwart im Rekurs auf die Weisheit der Gründungsväter gelöst werden können. In der ursprünglichen Verfassung sei keine Rede von einem Sozialstaat in den USA. Wenn es gelingt, die Schulden des Staates zu senken und den Staat selbst deutlich zu beschneiden, dann blühe der USA eine goldene Zukunft. Als Kernziele gelten Verantwortung in der Finanzpolitik (*fiscal responsibility*), eine konstitutionell beschränkte Regierung und „freie“ Märkte.²¹

In der Rhetorik der Tea Party können die üblichen Muster demagogischer Rhetorik ausfindig gemacht werden.²² Im binären Code der Demagogie werden traditionelle Beweisführungen, welche sich auf Fakten stützen, außer Kraft gesetzt. So haben die *Keynote speakers* bei der *National Tea Party Convention* im Februar 2010 u.a. folgende Vorwürfe geäußert: Präsident Obama sei gar nicht in den USA geboren, seine von ihm vorgelegte Urkunde aus Hawaii sei eine offensichtliche Fälschung (Joseph Farrah), die liberalen Medien hätten sich gegen die „Patrioten“ verschworen (Andrew Breitbart) und Obama sei ein *“committed socialist ideologue”*. Er suche deshalb *“every opportunity to destroy the Constitution before we can save it.”* (Tom Tancredo)²³

¹⁹ Hayek ist einer der einflussreichsten Personen in der Geschichte des Marktradikalismus, er hat eine Geschichtsphilosophie mit ähnlichen Charakteristika formuliert, vgl. Ötsch 2009, Kap. 3.

²⁰ Das Folgende nach Goldstein 2011: 849ff.

²¹ Definiert in der *Declaration of Tea Party Independence* in einer Koalition von mindestens 60 Tea Party-Gruppen, vgl. Pappas, Alex: Tea Party activists circulate ‚declaration of independence‘, distance selves from Republicans, *The Daily Caller*, 25.2.2010 [dl: 17.8.2010]

²² Vgl. damit die 100 Muster der Demagogie in Ötsch 2000a.

²³ Zitiert nach Lemuel 2010. Lemuel hat dazu die Reden aller Keynote-Speakers an dem eben erwähnten Kongress analysiert.

In der Verbindung konstitutioneller und marktradikaler Elemente pflegt die Tea Party einen prophetischen Diskurs, mit einem direkten Bezug zu religiösen Mustern.²⁴ Propheten treten im Alten Testament dann auf, wenn es eine Krise gibt. Sie beschreiben die Krise als Ausdruck eines mangelnden Bezuges des „Volkes Gottes“ zu Gott. Dieser Mangel müsse klar erkannt werden. Die Leute hätten Reue zu üben und müssten sich wieder an Gott orientieren, dann würden die aktuellen Probleme Vergangenheit sein. Der Geschichtsmythos der Tea Party folgt dieser Vorlage. Die Finanzkrise ist ein Ausdruck eines mangelnden Bezugs der Bevölkerung zum gesellschaftlich Höchsten, nämlich der ursprünglichen Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Bevölkerung habe viele Jahre geschlafen. In diesem Schlaf sei es einer neuen Elite gelungen, einen moralisch verwerflichen Kurs einzuschlagen. Die Tea Party ist die einzige Bewegung, die dies erkannt. Ihre Aufgabe ist es, die Leute aus ihrem Schlummer aufzuwecken und eine moralische Umkehr zu bewirken.²⁵

²⁴ Das folgende nach Lemuel 2010.

²⁵ Messick 2013 interpretiert die Politik der Tea Party als Identitätspolitik. In einer psychoanalytischen Deutung kann die Selbstzuschreibung von Auserwähltheit als narzistische Aufwertung des Selbst, sogar in einer historischen Dimension, gedeutet werden; Messick spricht von „paranoiden Narzissmus“.

2.3. Die marktradikale Ideologie der Tea Party

Das konstitutionalistische Argument im Narrativ ist mit einem speziellen Marktradikalismus vereinbar, Teile der Tea Party können als libertär eingestuft werden.²⁶ Die Tea Party hat damit am scheinbaren Tiefpunkt des neoliberalen Marktradikalismus das Kunststück geschafft, im öffentlichen Diskurs der USA eine neue marktradikale Ideologie zu etablieren. Im Narrativ der Tea Party wird die Finanzkrise ab 2007 oder 2008 nicht ökonomisch, systemisch oder inhaltlich-politisch, sondern moralisch und persönlich-politisch erklärt. Die Krise selbst hat nichts mit Strukturen in der Wirtschaft oder mit dem Wirtschaftssystem insgesamt zu tun. Sie ist auch keine Krise des Kapitalismus (oder einer besonderen historischen Phase des Kapitalismus), sondern eine Krise einer „degenerierten“ Politik, die von falschen Haltungen einer moralisch verkommenen Elite geleitet sei. In dieser Einschätzung kann das alte Narrativ von „dem guten Markt“, der „dem bösen Staat“ gegenübersteht, auf neue Weise formuliert werden. Dabei wird bekanntlich „der Markt“ in seiner „unbehinderten“ Form (wie es zuerst Mises und Hayek formuliert haben) „dem Staat“ gegenübergestellt, der ihn „behindert“.²⁷ Alles Übel muss dabei dem Staat zugeordnet werden, - selbst wenn die eigenen AnhängerInnen ihn leiten (vgl. damit das obige Zitat über Alan Greenspan, Robert Rubin und Larry Summers in Bezug auf ihren „Glauben an die

²⁶ Als breite Bewegung vereint die Tea-Party unterschiedliche und einander widersprechende Positionen, die hier im Detail nicht referiert werden können. Der Konstitutionalismus und der Marktradikalismus erscheinen uns als die beiden großen Kernbotschaften, die einander ergänzen. Nach Kirby und Ekins (2012) besteht die Tea-Party-Bewegung aus zwei Teilen: einem libertären und einem konservativen Flügel, mit schwankendem Anteil (ähnlich Ekins, o.J.). Am Anfang hat nach ihrer Analyse der libertäre Teil überwogen, später der konservative (sie zitieren dazu eine Vielzahl von Umfragen, bei dem man bei den Tea-Party-AnhängerInnen diese beiden Teile identifizieren wollte). Der libertäre Teil besteht aus reicheren Personen, diese ärgern sich mehr sowohl über die Wirtschaft als auch über die Budgetdefizite und sind in höherem Maße über die Regierung frustriert, - immer im Vergleich zum konservativen Teil der Tea-Party-AnhängerInnen und zu Republikanern generell. In Ekins (o.J.) werden in einem Überblick über Surveys aus Telefon Calls Republikaner verglichen, die die Tea-Party unterstützen mit jene, die dies nicht tun. Merkmale der ersten Gruppe sind: ein höherer Anteil von Männer, besserer Ausbildung und höherem Einkommen, weniger direkte Betroffenheit durch die Finanzkrise, besserer finanzieller Status und weniger Inanspruchnahme staatliche Sozialhilfe (*Medicare*). Die erste Gruppe schätzt die Wirtschaftslage schlechter ein und glaubt in höherem Maße, die Wirtschaft würde ohne die Bailouts für die Banken und ohne Konjunkturpakete besser dastehen. Sie haben (als relativ privilegierte Gruppe) mehr Angst finanziell und sozial abzustiegen. Vielleicht liegt in letzterem Befund einer der Schlüssel zum Verständnis der Tea Party.

²⁷ In Ötsch 2009 wurde die Parallele dieses Denkens zu dem demagogischen Denken, wie es oben formuliert wurde, im Detail aufgezeigt.

Märkte“).²⁸ Schuld an der Krise ist demnach nicht die Deregulierungspolitik der Jahrzehnte davor, sondern „die Politik“ generell, die zur Gänze als Regulierungspolitik verstanden wird. Alle Maßnahmen des Staates gelten in dieser Ideologie als „Eingriffe“ in „den Markt“.²⁹ Diese verhindern, dass „die Wirtschaft“ optimal funktionieren kann.

Der Kollaps der Kreditmärkte im Herbst 2008 wird dabei auch – wie ein vielgesehenes Video zeigt – als Folge des *Community Reinvestment Acts* gedeutet (Berg 2011): dieses Gesetz wurde 1977 unter dem Präsidenten Jimmy Carter beschlossen und in den 90er Jahren unter Bill Clinton mehrmals revidiert, dabei wurde die Vergabe von Krediten an einkommensschwächere Personen erleichtert. Mit anderen Worten: schuld an der Finanzkrise sind nach der Tea Party einzig die Regulierungsmaßnahmen des Staates. Sie haben die Krise verursacht, weil sie Banken ermutigt haben, Kredite an SchuldnerInnen zu vergeben, die keine Kredite verdienen.³⁰

In dieser marktradikalen Ideologie wird – wie immer im Marktradikalismus – eine neue Utopie „des Marktes“ aktiviert und zugleich ein Freiheits-Diskurs geführt. Die Tea Party folgt der Tradition von Mises und Hayek, die in den USA große Einfluss besitzt:³¹ „Der Markt“ gilt

²⁸ Wirtschaftskrisen sind für Hayek immer „ein Produkt der Wirtschaftspolitik“: Man kann „nicht sagen, dass die Marktwirtschaft die Krisen erzeugt, sondern dass die staatliche Politik die Krisen erzeugt.“ (aus einem Interview im ORF aus dem Jahre 1982 (ORF 1983: 49).

²⁹ Kirbin und Ekins (2012) bezeichnen die AnhängerInnen der Tea Party als *functionally libertarians*. Sie fokussieren vor allem auf fiskalische, nicht auf soziale Fragen: Kürzungen der Ausgaben des Staates, Beendigung der Bail-outs, Reduktion der Staatsschulden und Steuerreformen. Dabei werden auch traditionelle Positionen der Republikaner und Maßnahmen der Regierungen Bush kritisiert.

³⁰ Der Beginn der Tea-Party-Bewegung wird unterschiedlich datiert. Manche sehen ihn in der 2. Hälfte des Septembers 2008 anhand der der Debatte um das *Troubled Asset Relief Program* (TARP). Dieses Maßnahmenpaket zur Unterstützung von Finanzfirmen und der Autoindustrie wurde am 29.9.2008 im Kongress überraschend mit 228 zu 205 Stimmen abgelehnt, eine revidierte Fassung wurde später Gesetz. Als eigentliche Entstehung der Tea-Party-Bewegung gilt allgemein ein Kommentar des Business-Reporters Rick Santelli, den der TV-Sender CNBC am 19.2.2009 aus dem *Chicago Board of Trade* ausstrahlte. Santelli polemisierte hier gegen den Vorschlag der Obama-Administration, HausbesitzerInnen für Kreditrückzahlungen Hilfen zu geben (*Homeowners' Affordability and Stability Plan*), bezeichnenderweise der einzige Teil von TARP, bei dem direkte Zahlungen an die SchuldnerInnen (und nicht an Banken oder andere Institutionen) vorgesehen waren. Ein solches Programm würde „schlechtes Verhalten“ belohnen. Dafür die Steuern von „verantwortlichen“ HausbesitzerInnen zu erhöhen, sei nicht zu akzeptieren. (Rae 2011, Frank 2012: 44ff.)

³¹ Vgl. Kirby und Ekins 2012 sowie Kapeller und Pühringer 2012. Zu österreichischen Bezügen vgl. Berkin, Christoph: Die Ron Paul Revolution. Muster einer Graswurzelbewegung, in: GoAhead! Das Magazin für visionäre Denker und andere, Nummer 1/2010, 8-9. Das angeführte Magazin enthält die Referate zum Kongress zur Österreichischen Schule der Nationalökonomie: Der Weg in die Krise und aus der Krise, Wien, 1. und 2. Oktober 2010. Bei diesem Kongress war auch Ron Paul als

als Essenz „der“ Freiheit (Frank 2012, 10ff.). Dabei geht es vor allem um „die“ Freiheit „des Marktes“ (Pühringer 2011), nicht um konkrete Freiheiten im Detail, - vor allem in Berufung auf die Gründungsväter der amerikanischen Verfassung:

“A free market is the economic consequence of personal liberty. The founders believed that personal and economic freedom were indivisible, as do we. Our current government’s interference distorts the free market and inhibits the pursuit of individual and economic liberty. Therefore, we support a return to the free market principles on which this nation was founded and oppose government intervention into the operations of private business.”³²

Die Tea Party führt Wahlkämpfe als offene Auseinandersetzungen um die richtige Ordnungspolitik. Dabei wird (im Unterschied zu Wahlkämpfen von Bush) auch abstrakt und theoretisch argumentiert, man spricht die Weltbild-Hintergründe des ökonomischen Systems direkt an. Die Ideologie der Deregulierung, die in unserer Einschätzung zur Finanzkrise 2007/08 geführt hat, wird also von der Tea Party als Abhilfe für die Folgen der Krise gesehen. Die Proteste unterstützten demnach die Bedingungen, welche die Krise herbeigeführt haben (Frank 2012: 442).

2.4. Bewegung oder Schein-Bewegung?

Die Tea Party ist keine geeinte Organisation oder eine Partei, wenngleich sie die Republikaner wirkungsvoll beeinflusst. Sie gibt sich gegen Parteien gerichtet und zerfällt in mehrere regionale Organisationen mit überlappenden Zielen und eine Vielzahl unabhängiger lokaler AktivistInnen. Als größere Organisationen innerhalb der Bewegung werden vor allem die *Tea Party Patriots*, der *Tea Party Express*, die *Tea Party Nation* und die *National Tea Party Federation* genannt (Berg 2011). VertreterInnen der Tea Party proklamieren sich selbst als Graswurzelbewegung.³³ KritikerInnen weisen hingegen auf die Finanzierung durch Stiftungen

Redner eingeladen. Die hier versammelten Personen aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft demonstrieren, wie verbreitet das libertäre Denken in Österreich ist.

³² *Tea Party Patriots Mission Statement and Core Values* (www.teapartypatriots.org/Mission.aspx), zitiert nach Goldstein 2011: 844. Die *Tea Party Patriots* haben sich 2009 gegründet und verfügen nach eigenen Angaben über mehr als 1000 lokale Gruppen, die primär ökonomische Ziele verfolgen.

³³ „*true grassroots protest of irresponsible fiscal policies and intrusive government*“. In: *Tax Day Tea Party*, August 12, 2009 (<http://taxdayteaparty.com>)

und reiche Personen hin, Paul Krugman zum Beispiel spricht von „Astroturf“: die Tea Party würde auf Kunstrasen agieren, der von Reichen gesät wurde (*fake grass roots*).³⁴

Tatsächlich wird die Tea Party von einem Netz von Think Tanks und Stiftungen, Industrieinteressen und von konservativen Medien nachhaltig unterstützt. Wichtig ist insbesondere der Einfluss der TV-Nachrichtensendung *Fox News*, die viele rechte Bewegungen aggressiv propagiert.³⁵ Hauptfinanzier der Tea Party sind insbesondere die Brüder David und Charles Koch. Sie besitzen *Koch Industries*, nach *Cargill* die zweitgrößte nicht börsennotierte Gesellschaft der USA. (Der Mischkonzern ist u.a. in den Bereichen Erdöl und Erdgas, Chemieprodukte und Lebensmittel tätig.) Zählt man ihr Einkommen zusammen, dann sind sie nach Bill Gates und Warren Buffets die drittreichsten Personen der USA.³⁶ Die Koch-Brüder zeichnen sich durch ein intensives politisches Engagement aus. Sie sind lebenslang in der amerikanischen liberitären Bewegung unterwegs und gelten als einflussreiche Marktradikale. Sie betreiben ein Netzwerk von Stiftungen, Think Tanks und politischen Gruppen und finanzieren viele Kampagnen gegen die Politik von Obama. Die Koch-Brüder waren auch aktiv, in den USA die Überzeugung zu verbreiten, es gäbe keinen

³⁴ Krugman, Paul: Op-Ed Columnist - Tea Parties Forever, *New York Times* vom 13.4.2009 (www.nytimes.com/2009/04/13/opinion/13krugman.html)

³⁵ Nach einer Umfrage von *CBS* und *New York Times* vom April 2010 bezogen 47% der Tea Party-UnterstützerInnen die meisten Informationen aus dem Fernsehen, dabei gaben 67% an, sie würden vor allem *Fox News* sehen. Nach Montopoli, Brian: The Party Supporters: Who They Are and What They Believe, *CBS News*, 14.4.2010, www.cbsnews.com/8301-503544_162-20002529-503544/tea-party-supporters-who-they-are-and-what-they-believe/ (dl: 20.7.2013)

³⁶ *Zerohedge* vom 18.7.2013 führt dazu an: David Koch ist *Executive Vice-President* der *Koch Industries*, die Firma hat einen jährlichen Umsatz von 115 Mrd. \$. David Koch besitzt 42% der Firmenanteile. Sein Vermögen wird auf 44,5 Mrd. \$ geschätzt. *Time Magazine* reihte ihn im Jahre 2011 unter die 100 einflussreichsten Menschen der Welt. Er ist heute die drittreichste Person in den USA und die siebentreichste in der Welt. Sein Bruder Charles Koch ist *Chairman* und *Chief Executive Officer* der Firma, sein Vermögen und seine Anteile sind gleich groß wie sein Bruder. Er gilt nach der Milliardärsliste von Bloomberg als die sechstreichste Person der Welt. (www.zerohedge.com/contributed/2013-07-18/wealth-top-1-ers-usa, dl: 19.7.2013)

menschenverursachten Klimawandel³⁷ dieses Anliegen wird auch von Mitgliedern der Tea Party aktiv unterstützt.³⁸

3. Frank Stronach und das Team Stronach

3.1. Genese und politische Hintergründe des Team Stronach

Das „Team Stronach“ (TS) ist maßgeblich geprägt durch Frank Stronach selbst, der seine Rolle als Ideengeber („*ich gebe die Werte vor*“) und Financier der Bewegung versteht. Die enge Verknüpfung der Bewegung TS und Stronach selbst wird auch darin sichtbar, dass es neben dem Parteivorstand des TS auch Stronach als Person jederzeit möglich ist, einzelne Personen oder Landesgruppen aus dem TS auszuschließen, insbesondere „*bei Nichtbeachtung der von Frank Stronach vorgegebenen Werte*“ und dies immer auch ohne die Angabe von Gründen (vgl. etwa TS für OÖ Parteistatut §1(3)). Für politische Grundsatzfragen, die Niederschlag im Parteiprogramm finden sollen, das im April 2013 veröffentlicht wurde, wurde ein Weisenrat von „*unabhängigen ExpertInnen*“³⁹ gebildet, „*der uns mit seinem Wissen beratend zur Seite steht*“ (TS 2013, 4). Einer der ersten Veröffentlichungen des von Frank Stronach schon 2011 gegründeten Think Tank *Frank Stronach Institut für Sozioökonomische Gerechtigkeit* (FSISÖG) war eine von Stronach persönlich herausgegebene Broschüre mit dem Titel „*Eine Revolution für Österreich*“, die in groben Zügen schon die grundlegenden Aussagen umfasst, die später auch im Grundsatzprogramm des TS vertreten werden. In Summe zählt Stronach hier folgende Lösungsvorschläge für sechs Bereiche auf, in denen Stronach „*gewaltige Strukturfehler*“ (Stronach 2012c: 1) ausmacht, die die zukünftige Prosperität Österreich gefährden würden:

³⁷ Vgl. Mayer, Jane: Covert Operations. The billionaire brothers who are waging a war against Obama, *The New Yorker*, 30. 8. 2010, www.newyorker.com/reporting/2010/08/30/100830fa_fact_mayer?currentPage=all (dl: 15.7.2013). Nach diesem Bericht wurde die Koch-Brüder von Greenpeace in einer Studie als „*kingpin of climate science denial*“ bezeichnet (vgl. www.greenpeace.org/usa/en/media-center/reports/koch-industries-secretly-fund/. (dl: 15.7.2013)). Viele Belege zu dem diesbezüglichen Engagement der Koch-Brüder finden sich auch auf <http://thinkprogress.org/climate/issue/>.

³⁸ Vgl. Dineen, Kathryn P.: Reading the Tea Leaves: The Tea Party Movement, the Conservative Establishment, and the Collaps of Climate Change Legislation, Master Thesis, Massachusetts Institute of Technology, Juni 2011.

³⁹ In allen hier analysierten Dokumenten des TS wird durchgängig – so wurde gesagt – „*aus Gründen leichter Lesbarkeit*“ immer nur die männliche Form verwendet.

- Demokratie stärken. Mehr Demokratie – weniger Parteipolitik.
- Schuldenfreie Zukunft. Wir müssen Wirtschaftswachstum fördern und Schulden abbauen.
- Weniger Verwaltung. Österreichs aufgeblasene Verwaltung abbauen.
- Wirtschaftswachstum fördern. Ein vereinfachtes Steuersystem – das derzeitige Steuersystem ist kompliziert, ungerecht und hat viele Schlupflöcher.
- Wohlstand schaffen. Die soziale Kluft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern verringern.
- Ein gesundes und starkes Europa souveräner Staaten.

Das Auftreten des Teams Stronach in der Öffentlichkeit folgt einem strategischen Plan (Fürweger 2013: 136ff.) Als ersten Schritt wurde bereits im Frühjahr 2010 eine Kolumne mit dem Titel „*Franks Welt*“ in der bunten Sonntagsausgabe der Kronen Zeitung gesetzt. Durch die besonders hohe Medienkonzentration in Österreich auf die dominante Tageszeitung Kronen Zeitung, war es Stronach also über fast zweieinhalb Jahre möglich, seine Vorstellungen zu Politik und Gesellschaft in prägnanter Form einer breiten LeserInnenschaft darzulegen.

Die Kronen Zeitung ist mit einer Druckauflage von ca. 1 Million unter der Woche und sogar 1,6 Millionen Exemplaren an Sonn- und Feiertagen (Statistik Austria 2012) und etwa drei Millionen täglichen LeserInnen (Arendt 2010) eines der bestimmenden Medien für den österreichischen politischen Diskurs. Auch wenn sich der tatsächliche Einfluss der Kronen Zeitung nur schwer abschätzen lässt, weisen Plasser und Seeber (2010) darauf hin, dass sowohl JournalistInnen und PolitikerInnen aber auch das Medienpublikum selbst den politischen Einfluss der Kronen Zeitung als sehr hoch einschätzen. Politische Eliten neigen deshalb dazu, ihre Verhaltensweisen vor allem bei emotionsgeladenen Themen wie der Europapolitik (Schoen 2010) auf die politischen Grundsatzvorgaben der Kronen Zeitung abzustimmen. Besonders auffällig war dies etwa in der Unterstützung der Kronen Zeitung für Werner Faymann im Wahlkampf 2008.

Unabhängig vom tatsächlichen Einfluss der Kronen Zeitung auf den politischen Entscheidungsprozess in Österreich, der oftmals auch bezweifelt wird (etwa Arendt 2009), bot das Medium der Sonntags-Kronen Zeitung Stronach die Möglichkeit wöchentlich über einen langen Zeitraum das Terrain für seine politischen Ambitionen vorzubereiten und mit populistischen und potentielle UnterstützerInnen oder WählerInnen mit leicht nachzuvollziehenden Kolumnen zu je ein bis zwei Seiten für seine Grundwerte Wahrheit, Transparenz und Fairness zu gewinnen. Gegen Ende von *Franks Welt* wird immer klarer, dass es Stronachs Absicht ist, seine Vorstellungen von Politik direkt umzusetzen. Seine letzte

Kolumne „*Franks Abschied und Neustart*“ in der Kronen Zeitung schließt mit den Worten: „*Das ist meine letzte Kolumne aus ‚Franks Welt‘, jetzt geht es für mein Team und mich an die Umsetzung. Ich hoffe Sie im TEAM STRONACH FÜR ÖSTERREICH wieder zu treffen.*“ (Stronach 2012a: 203)

Auch wenn kurz nach Stronachs letzter Kolumne im Herbst 2012 ein etwa 30 Seiten starkes Grundsatzprogramm (TS 2012) vorgestellt wurde, das im April 2013 auf ein 60 seitiges offizielles Papier (TS 2013) erweitert wurde, zeigen sich Stronachs grundsätzliche Einstellungen zur Rolle von Wirtschaft in Politik und Gesellschaft am klarsten in seinen Kolumnen. Die diskursanalytische Aufarbeitung des Politikverständnisses des Neo-Politikers Stronachs basiert daher maßgeblich auf den Kolumnen aus *Franks Welt*, die gesammelt 2012 auch als Buch veröffentlicht wurden (2012a).

3.2. „*Franks Welt*“ – Dominante Argumentationsmuster

Die Serie *Franks Welt* besteht aus 125 Kolumnen, die zwischen April 2010 und September 2012 in der Kronen Zeitung geschaltet wurden. Die Kolumnen können weitgehend folgenden vier Hauptkategorien zugeordnet werden:

- „Unternehmensethik/Good Entrepreneur“
- „Demokratie und Ordnung“
- „Politik, Verwaltung und deren AkteuerInnen“
- „Richtiges Wirtschaftsverständnis“

Neben den Kolumnen, die den oben beschriebenen Hauptkategorien zugeordnet werden, gibt es noch eine Reihe von Kolumnen, die außerhalb des breit gefassten Themenbereichs Wirtschaft und Politik angesiedelt werden müssen.⁴⁰ Die Chronologie der Kolumnen in *Franks Welt* zeigt das folgende Bild. In der ersten Phase, die bis Herbst 2010 andauert, beschreibt Stronach zunächst seinen eigenen Werdegang als Idealbild für sozialen Aufstieg („*Meine Eltern waren beide Fabrikarbeiter,*“ FW: 14) zum erfolgreichen Großindustriellen. Dabei legt er besonderen Wert darauf, seine persönliche Entwicklung immer mit der Entwicklung des Magna-Konzerns in Verbindung zu bringen. Persönlicher Einsatz und überdurchschnittliche Leistungsbereitschaft („*In den ersten Jahren arbeitete ich sehr hart, bis zu 16 Stunden am*

⁴⁰ So widmet Stronach zwei Kolumnen etwa seiner Leidenschaft für Pferde oder bekräftigt sein persönliches Engagement für Bio-Landwirtschaft. Das Buch *Franks Welt* (Stronach 2012a), das eine überarbeitete Version aller Kolumnen enthält wird in diesem Kapitel als FW abgekürzt.

Tag, sieben Tage die Woche. Geschlafen habe ich auf einem Klappbett in der Werkstatt“, FW, 15) werden als Voraussetzung für wirtschaftliche Prosperität dargestellt. Auch wenn Stronach immer wieder die Beteiligung und Einbindung der MitarbeiterInnen im Magna-Konzern betont und etwa die vielfach beschworene Unternehmensverfassung pathetisch auch als „*Magna Charta*“ bezeichnet wird, beschreibt Mappes-Niediek (2004: 57) das Betriebsklima im Magna-Konzern durch diese überhöhten Leistungsanforderungen an die MitarbeiterInnen auch als „Diktatur der Tüchtigen“. In der Diktion Stronachs (vor allem bei seinen öffentlichen Auftritten) wird hingegen immer von einem „*moralischen Recht*“ der ArbeiterInnen auf Gewinnbeteiligung, sowie andererseits von einer „*moralischen Pflicht*“ der UnternehmerInnen zu dieser Beteiligung gesprochen. Das von Stronach damit forcierte Bild ist das eines „*guten Unternehmers*“, der sich um sein Unternehmen wie ein Vater um seine Kinder kümmert.

Auf wirtschaftspolitischer Ebene beschreibt Stronach seine Vision eines erfolgreichen Staates grundsätzlich in Analogie zu einem erfolgreichen Unternehmen. So wird etwa die Regierung als „*Management-Team eines Landes*“ beschrieben (TS 2013: 3). Den ordoliberalen Konzepten Hayeks folgend (siehe unten), sollte der Staat zwar den wirtschaftspolitischen Ordnungsrahmen vorgeben, sich ansonsten aber gänzlich aus „*der Wirtschaft*“ raushalten, da Staaten eben „*nicht wirtschaften könnten*“. Das Idealbild eines effizienten Unternehmens im globalen wirtschaftlichen Wettbewerb wird bei Stronach immer auch direkt auf Staaten und Politik generell umgemünzt. So meint er etwa in einer Kolumne mit dem vielsagenden Titel „*Über-verwaltet, über-besteuert, über-reguliert*“:

„Ob für Unternehmen oder Regierungen, der Schlüssel zum Erfolg in der heutigen Welt heißt Effizienz, Effizienz, Effizienz. Nur wer dies erkennt und vor allem versteht wird erfolgreich sein.“ (FW, 33)

Effizienz und Kostenwettbewerb sollen in der Vorstellung Stronachs als Leitmaximen für sämtliche politische Bereiche, wie das Sozialsystem, Bildungssystem, Gesundheitssystem, aber auch für das Steuersystem, die Pensionsvorsorge sowie die Verwaltung allgemein herangezogen werden. Der Vision einer „*Gesellschaft von Eigentümern*“ folgend soll durch ökonomisierten sozialen Wettbewerb ökonomische Prosperität gesichert werden:

„Eine Gesellschaft von Eigentümern wäre in jedem Fall ein geeigneter Weg, um ein stärkeres, stolzeres und produktiveres Land zu schaffen.“ (FW: 103)

Weitere zentrale Argumentationsmuster in Stronachs Kolumnen sind sein Verständnis einer eingeschränkten Demokratie (mit Bezug auf Hayek, siehe 5.3) sowie die Ablehnung der Parteienpolitik, sowie insbesondere von (Berufs-)PolitikerInnen. Stronach bedient ein negatives Klischee von (Berufs-)PolitikerInnen („*korrupte Machterhalter*“, FW: 10) und Parteien generell, die er als „*Machterhalter*“ bezeichnet, die sich „*nicht vom Futtertrog verdrängen lassen (wollen) und um jeden Preis ihr Machterhaltungssystem aufrechterhalten oder sogar ausbauen*“ wollen (FW: 9).

Stronach lehnt darüber hinaus den Staat als wirtschaftlichen Akteur kategorisch ab und stellt ihm das Idealbild wirtschaftlicher Freiheit und Eigeninitiative gegenüber:

„Die Geschichte hat gezeigt, dass der Staat kein guter Unternehmer ist und Probleme nicht gelöst werden, wenn man sie dem Staat zuschiebt.“ (FW: 55).

Stronach unterstellt den etablierten Parteien lediglich an ihrem Machterhalt interessiert zu sein. Durch ihr permanente „*Drängen zum Futtertrog*“ (FW: 9) hätte sich ein Machterhaltungssystem etabliert, das Fortschritt und Innovation hemme und zu wirtschaftlichen Stillstand führe. Das Urteil über österreichische Politiker ist dabei eindeutig:

„Unsere Politiker kommen meist durch parteiinterne Abmachungen an die Macht (...) Die größte Sorge der Politiker ist es wiedergewählt zu werden. Den wenigsten geht es um das langfristige Interesse unseres Landes“. (FW: 155)

Die Einführung eines Bürgerrates aus „unabhängigen“ Bürgern (FW: 170ff.) neben dem gewählten Parlament soll hier ein Gegengewicht schaffen (siehe unten).

3.3. Grundsatzprogramm Team Stronach für Österreich

Mit der Präsentation des 61 Seiten starken Grundsatzprogramms des Teams Stronach sollte die Positionierung der politischen Bewegung von Frank Stronach deutlich gemacht werden. Dem Programm wird ein Ehrenkodex vorangestellt, dem sich alle politischen RepräsentantInnen des Team Stronach verpflichten müssen. Generell richtet sich das Programm Stronachs oft an PolitikerInnen bzw. die Regierung, die Stronach als „*das Management-Team eines Landes*“ bezeichnet (TS 2013: 3). So wird etwa gefordert, dass maximal eine Wiederwahl für Abgeordnete zulässig sein darf, um Berufspolitikertum zu verhindern. Zu diesem Zweck schlägt Stronach auch vor, BerufspolitikerInnen durch „*unabhängige Bürgervertreter*“ zu ergänzen, um parteipolitische Interessen

zurückzudrängen. Neben dem Ehrenkodex wird dem Grundsatzprogramm noch eine Auseinandersetzung mit den programmatischen Grundwerten des TS vorangestellt. So wird unter Wahrheit verstanden, dass *„Die Bürger (...) Daten und Fakten unverfälscht zur Meinungsbildung erhalten“* müssen (TS 2013: 9). Das TS wirft PolitikerInnen vor, bewusst Unwahrheiten als Fakten zu präsentieren, um Wiederwahlen zu sichern. Unter Transparenz versteht das TS, dass die Bürger *„volle Einsicht in politische Vorgänge haben“* müssen. Alle Sitzungen von Gremien und Ausschüssen sollten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden und alle Verknüpfungen von PolitikerInnen und Parteien mit wirtschaftlichen Organisationen oder Interessensvertretungen sollten immer offengelegt werden.

Als dritter zentraler Wert gilt im TS *„Fairness“*, dabei *„handelt es sich um einen Gerechtigkeitsinn in einer Gesellschaft.“* Fairness bedeutet dabei, dass Staaten keine Schulden machen dürften, da dies nur zu immer höheren Kosten für die Allgemeinheit führen würde. TS bedient sich dabei implizit der von der deutschen Kanzlerin geprägten rhetorischen Figur der Schwäbischen Hausfrau, um scheinbar intuitiv zu erklären, weshalb Staatsausgaben Staatseinnahmen niemals übersteigen dürften. Gleichzeitig wird mit Fairness auch eine moralische Verurteilung der Rettungsprogramme für Banken, sowie das derzeit *„unfaire“*, mit *„unzähligen Schlupflöchern und Privilegien“* (TS 2013: 11) versehene Steuersystem vorgenommen.

Nachdem die Grundsätze des TS im Grundsatzprogramm erläutert werden, folgt das für die gesamte Denklöge der politischen Bewegung Stronachs kennzeichnende Bekenntnis zur freien Unternehmerwirtschaft. Wohlstand könne nur durch freie UnternehmerInnen geschaffen werden, weshalb auch der Einfluss der Politik auf die Wirtschaft weitestgehend zurückgedrängt werden müsse. Die zentrale Losung lautet:

„Eine erfolgreiche Wirtschaft benötigt ein marktwirtschaftliches System mit Wettbewerb und freiem Unternehmertum. Der Staat und seine Organe haben für ein unternehmerfreundliches Klima zu sorgen, das schon bei der Gründung von Unternehmen beginnt.“ (TS 2013: 13)

Stronachs Argumentation folgt dabei (wie schon anhand der Analyse von *Franks Welt* gesagt) der ordoliberalen Vorstellung eines (minimalen) wirtschaftspolitischen Ordnungsrahmens, der vom Staat bereitgestellt werden müsse. Wirtschaftsprozesse sollten dann aber frei von jeglicher politischer Einflussnahme gestaltet werden, wobei bei Stronach vor allem die Rolle der UnternehmerInnen als zentrale Instanzen für wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt betont wird. Die Kernbotschaft lautet, dass nur in einer *„freien Wirtschaft“*

Wohlstand geschaffen werden könne, - bereits in *Franks Welt* wird gesagt: „*Wir wissen, dass der größtmögliche Wohlstand in der freien Wirtschaft geschaffen wird.*“ (Stronach 2012a: 155).

Nach den Vorworten folgt im Grundsatzprogramm die sachpolitische Auseinandersetzung mit in Summe 28 politischen Themenbereichen, die jeweils maximal drei Seiten umfassen und von einem starken Fokus auf wirtschaftliche Themen geprägt sind. So finden sich unter den ersten acht Themenbereichen zumindest sechs mit klarem ökonomischem Übergewicht: *Schuldenfreie Zukunft, Verwaltungsreform, Steuerreform (Persönliches Einkommen, Unternehmer), Arbeitnehmer, Europa und Euro und Banken*. Die dominanten Diskursmuster, die wir in *Franks Welt* dargestellt haben, finden sich dabei auch in einzelnen sachpolitischen Fragestellungen wieder.

4. Exkurs: Alternative für Deutschland

Auch wenn die Entstehungsgeschichte des Team Stronach in vielen Bereichen schon alleine durch die besondere Rolle des Milliardärs Frank Stronachs in der politischen Landschaft Österreichs ein Unikum darstellt, so lassen sich doch auch einige Parallelen zu Parteiengründungen in anderen Staaten finden. Hier ragt in jüngster Zeit die Gründung der *Alternative für Deutschland (AfD)* heraus. Sie kann – vergleichbar zur Tea Party - auch als Reaktion auf die europäische Krisenpolitik (als Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise) verstanden werden. (Auf der Homepage der AfD heißt es auf der ersten Seite: „*Die Bundesrepublik Deutschland steckt in der schwersten Krise ihrer Geschichte*“).⁴¹ Zentrale Forderung der „Ein-Themen-Partei“, wie die AfD in den Massenmedien oft titulierte wird, ist die Auflösung des Euro-Währungsgebietes und die Wiedereinführung nationaler Währungen (vgl. AfD 2013). Vor allem Deutschland solle nicht mehr länger gezwungen werden, für die Schulden anderer Staaten im Euroraum einzustehen, und könne das Austrittsrecht aus dem Euro auch erzwingen, „*indem es weitere Hilfskredite des ESM mit seinem Veto blockiert*“ (AfD 2013). Gleichzeitig legt die AfD aber auch Wert darauf, dass sie Europa und den Ideen, die den Römischen Verträgen zugrunde liegen, nicht grundsätzlich ablehne. Sie fordert aber eine Stärkung nationaler Kompetenzen, - was sich auch im Programm des Team Stronachs wiederfindet. Ähnlich den Forderungen des TS sollte die EU allerdings „*durch mehr Wettbewerb und Eigenverantwortung verschlankt*“ werden.

⁴¹ www.alternativefuer.de/de/ (dl: 10.8.2013)

Eine weitere Besonderheit der AfD stellt ihre personelle Zusammensetzung dar. Die Partei wird in den Medien auch als „Professoren-“ oder „Ökonomenpartei“ bezeichnet. Tatsächlich stehen sowohl an der Parteispitze mit Bernd Lucke als auch mehrheitlich im Wissenschaftlichen Beirat der AfD ProfessorInnen für Volkswirtschaftslehre. Die zentrale Rolle in der AfD wird von Bernd Lucke als wichtigstes Mitglied des Sprecherrates eingenommen. Dem Sprecherrat gehören außerdem noch Konrad Adam, langjähriger Redakteur in der *Welt* und der *FAZ*, und die Unternehmerin Frauke Petry an. Lucke trat erstmals 2005 mit dem *Hamburger Appell* öffentlich in Erscheinung, den er gemeinsam mit Thomas Straubhaar und Michael Funke verfasst hat (Funke u.a. 2005). Der *Hamburger Appell* wurde unter dem Slogan „250 Professoren, 10 Thesen, eine Meinung“ im Vorfeld der Bundestagswahl verfasst und dann gemeinsam mit der *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft* (INSM) (nach Speth 2004 und 2006 ein neoliberaler advokatorischer Think Tank) in einer Anzeigenserie in der *Welt* publiziert (INSM 2005). Im *Hamburger Appell* wurde der politischen Debatte in Deutschland ein „erschreckender Mangel an ökonomischen Sachverstand“ attestiert (Funke u.a. 2005: 1). Als Rezept zur Überwindung des ökonomischen Stillstandes werden „schmerzhaft Reformen“ für den Sozialstaat, etwa in Form von „verstärkter Lohnspreizung“ für Geringverdienende, oder „nötige Anpassung“ sozialstaatlicher Leistungen wie in Irland gefordert (ebenda: 2f.). Irland (das 2008 als eines der ersten EU-Länder in eine Krise kam und Anfang 2009 die *Anglo Irish Bank* zwangsverstaatlichen musste) wurde also im Jahre 2005 als Vorbild angesehen, um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschland erhalten zu können.

Die ideologische Grundbotschaft des *Hamburger Appells* lässt sich am besten in der Anzeigenserie von Joachim Starbatty (INSM 2005: 5) vertretenen These „*Wer Märkte stört, mindert die gesamtwirtschaftliche Nachfrage*“ ausdrücken. Lucke war 2010 auch der Initiator des *Plenums der Ökonomen*, einer Online-Vollversammlung, die es sich zum Ziel gesetzt hat, der deutschen wissenschaftlichen Volkswirtschaftslehre in der politischen Debatte „in ausreichendem Maße Gehör zu verschaffen“ (Lucke 2010). Die Gründung der Wahlalternative 2013, die schließlich in der Gründung der AfD mündete, ist in diesem Zusammenhang als vorläufiger Kulminationspunkt in Luckes Versuch zu sehen, politischen Einfluss zu gewinnen (vgl. Pühringer 2013).

Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates der AfD ist der gemeinsam mit Lucke schon in der Verbreitung des *Hamburger Appells* aktive Ökonom Joachim Starbatty, der in einer Reihe ordoliberalen Stiftungen und Vereine (etwa der *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft*

oder der *Jenaer Allianz*) tätig ist. Starbatty hat außerdem gemeinsam mit Wilhelm Hankel gegen die Euro-Einführung und den Euro-Rettungsfond geklagt. Starbatty, der seit Mai 2013 AfD-Kandidat für die Bundestagswahl in Berlin ist, agierte auch schon für die Partei *Bund freier Bürger*, einer rechtspopulistischen Splittergruppe der FDP (vgl. Hirte 2013). Unter den ÖkonomInnen, die den Wissenschaftlichen Beirat der AfD bilden, finden sich neben einer Reihe erklärte Neoliberaler auch Personen wieder, die ein sehr elitäres Verständnis von Demokratie vertreten, als erklärte GegnerInnen des Sozialstaates gelten oder ein reaktionär-konservatives Gesellschaftsbild vertreten.⁴² Die AfD teilt mit der Tea Party den angesprochenen Zweiklang aus neoliberaler Wirtschaftspolitik und reaktionär-chauvinistischem Gesellschaftsbild, weshalb sie auch manchmal mit der Tea-Party verglichen wird (vgl. Berger 2013 und Kemper 2013).⁴³

5 Stronach und die Tea Party

Unsere bisherigen Darstellungen zeigen eine Vielfalt von Ähnlichkeiten und Analogien des „Team Stronach“ (TS) zur US-amerikanischen Tea Party (TP), vermittelt ergeben sich auch Bezüge zur „Alternative für Deutschland“ (AfD).

5.1. Hintergründe

Die TP entsteht (das ist unsere Deutung) als direkte Reaktion auf die Finanzkrise 2008 und den darauf getroffenen Maßnahmen der Bush- und der Obama-Regierung sowie der US-Notenbank. Ein derart direkter Bezug ist beim TS scheinbar nicht gegeben, seine Gründung erfolgt auch drei bis vier Jahre später. Wenn aber die Kolumnen *Franks Welt* in der Kronen Zeitung als Vorbereitung von Frank Stronach zu einer geplanten Parteiengründung gesehen

⁴² So forderte Peter Oberender, dass Hartz IV-BezieherInnen ihre Organe verkaufen können sollten und Roland Vaubel die Aberkennung des passiven Wahlrechts für untere Schichten (Berger 2013). Einer der Sprecher der AfD, Konrad Adam, wiederum trat schon mehrmals mit „homophober Familienpolitik“ in Erscheinung (Häusler 2013; Kemper 2013).

⁴³ Dies gilt möglicherweise auch für die klimakritische Position der Tea Party. Während einer Pressekonferenz meinte etwa ein Sprecher des „*Bundesfachausschusses Energie*“ der AfD „*die Theorien der globalen Erwärmung bröckeln*“. Denn: „*Seit 20 Jahren haben wir keine Klimaerwärmung*“. Bezüglich der erhöhten CO₂-Emissionen wird folgender Vergleich gezogen: „*Das ist, als ob meine dreijährige Tochter Pippi in den Baggersee macht. Und dann haben wir Angst, dass der Baggersee kippt.*“ AfD-Sprecher Bernd Lucke ruderte dann zurück: Die AfD „*stellt nicht grundsätzliche die Tatsache in Frage, dass es wissenschaftliche Evidenzen gibt, dass CO₂ ein Klimakiller ist.*“ (Süddeutsche vom 15.7.2013).

wird (das ist unsere These), dann steht das politische Engagement Stronachs zumindest in einem mittelbaren Zusammenhang mit der Krise: die Kolumnen starten im April 2010, ein Entschluss dazu kann mit 2009 oder noch früher vermutet werden (nach Fürweger 2013: 136 hat Stronach die Teilnahme an der Nationalratswahl 2013 „geradezu generalstabsmäßig geplant“, vor allem „um nicht wie 1988 in Kanada noch einmal kläglich zu scheitern“).⁴⁴

Der Anknüpfungspunkt im medialen Diskurs war für Stronach freilich nicht die Finanzkrise 2008 oder die Wirtschaftskrise 2009, wie bei der Tea Party in den USA. Die Krise 2008 wurde in Österreich (und auch in Deutschland) zumindest anfänglich als „äußere“ Krise wahrgenommen, auf welche die nationale Politik nicht Einfluss nehmen könne (vgl. Pühringer/Hirte 2012, 2013). Zudem verliefen die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt vergleichsweise moderat.⁴⁵ Im Herbst 2008 gab es (drittens) auch ein Hilfspaket für die Banken im Ausmaß von 40% des BIP, vergleichbar mit den Bankenrettungen in den USA.⁴⁶ Dieses Paket wurde allerdings am Anfang in den Medien (auch erklärbar im Einfluss von Banken auf die großen Zeitungen in Österreich) kaum als gravierendes Problem diskutiert.

Eine Polarisierung und Emotionalisierung erfolgte allerdings ab 2010 in zweierlei Hinsicht: zum einen in der „Staatsschuldenkrise“ und dem darauf folgenden „Fiskalpakt“ und zum

⁴⁴ Weitere Schritte waren nach Fürweger (2013: 136f.): (1) im November 2011 die Gründung des Vereins *Frank Stronach Institut für soziökonomische Gerechtigkeit* in der Magna-Zentrale in Oberwaltersdorf, welches Stronachs politisches Konzept zu Papier brachte und in einfache Schlagworte übersetzte, (2) im November 2011 die Gründung einer *Frank Stronach Forschungsgruppe* zur „Analyse und Diskussion der Vorschläge zur Demokratiereform, Steuerreform, Schul- und Gesundheitsreform mit Studenten und jungen Wissenschaftlern“ laut Homepage, zuerst in Graz, (3) dann im März 2012 eine nächste Forschergruppe an der Universität Innsbruck (Stiftungsprofessur für Innovation und Entrepreneurship), (4) ähnlich dann an der Universität Linz, (5) mit ersten Wahlreden, (6) die Beilage einer Broschüre des *Frank Stronach Instituts* in der Kronen Zeitung und in *Heute* am 1.5.2012, worin eine „*Revolution für Österreich*“ gefordert wird und (6) dann im August 2008 die Bekanntgabe der geplanten Parteigründung in den *Deutschen Wirtschaftsnachrichten*.

⁴⁵ Bei den Wahlen zum österreichischen Nationalrat am 28.9.2008, 14 Tage nach dem Fall von Lehman Brothers, war die Finanzkrise kein Thema. Der starke Konjunkturunbruch 2009 (ein Rückgang des realen BIP um 3,8%) wurde am Arbeitsmarkt vor allem durch das Instrument der Kurzarbeit abgefangen: die Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit waren weit geringer, als man erwarten konnte (die gemeldeten Arbeitslose in % der Erwerbstätigen waren jeweils im Juli: 2008: 4,8%, 2009: 6,3%, 2010: 5,7% und 2011: 5,6%).

⁴⁶ Das Hilfspaket für die Banken vom Herbst 2008 sah bis 85 Milliarden € an staatlicher Haftung für Interbankkredite vor und zusätzliche 15 Mrd. € an Staatszuschüssen (das entspricht insgesamt ca. 40 % des österreichischen BIP). Bis zum Frühjahr 2013 wurde davon 13,6 Mrd. € in Anspruch genommen (Haftungen, Kapitalerhöhungen und andere Zuschüsse), im Saldo ergab sich ein Verlust von 6,2 Mrd. € (*Deutsche Wirtschaftsnachrichten* vom 26.4.2013). Diese Summe kann vor allem durch die Risiken der notverstaatlichten *Hypo Alpe Adria* noch stark steigen.

zweiten in der Krise von Eurostaaten und den dabei erfolgten Rettungspaketen für Staaten, vor allem für Griechenland. Insbesondere letztere wurde medial von den Boulevardzeitungen aufgeheizt. Jetzt war von einer Krise die Rede, für welche die Bevölkerung, so glaubte man, direkt zu „zahlen“ hätte. Stronach stellte bei seiner Parteigründung diese beiden Probleme in den Vordergrund. Bei der Vortragstour im März 2012 auf österreichischen Universitäten wurden als das größte Problem die Staatsschulden genannt.⁴⁷ Die neue Partei wurde im Sommer 2012 dezidiert als Anti-Euro-Partei positioniert, Stronach sprach anfangs sogar von einer eigenen Währung für jedes Land, später hat er das abgeschwächt. Bei der Präsentation des TS Ende September 2012 wurde die Umstrukturierung der Eurozone als wichtigster Programmpunkt genannt, ähnlich später auf der Homepage der „Bewegung“.⁴⁸ Ein Hauptanliegen ist für das TS also die Kritik an der EU, pointiert an der Finanzierungskrise von Eurostaaten.⁴⁹

5.2. Narrative

Stronachs Erklärung der Finanzierungsprobleme von Staaten, des Euro und der EU folgt in hohem Maße den erwähnten Narrativen der TP. Für ihn gibt es ein „System“, bestehend aus einer privilegierte „Elite“ (was sich etwa in seiner Ablehnung von „Berufspolitikern“ und „Beamten“ zeigt, Stronach 2012a). Privilegiert sind bei Stronach vor allem der sehr weit

⁴⁷ Z.B. bei der Rede *“Eine geistige Revolution für Österreich”* am 21. 3. 2012, 17 an der Wirtschaftsuniversität Wien, vgl. <http://de.scribd.com/doc/87531980/Rede-Frank-Stronach%E2%80%9CEine-geistige-Revolution-fur-Osterreich%E2%80%9D>

⁴⁸ *„Es ist für jeden Europäer spürbar, dass sich eine gewisse Unzufriedenheit über Europa breit macht und den ganzen Kontinent erfasst. Dies geschieht natürlich nicht von ungefähr – die Rahmenbedingungen für den Normalbürger werden immer bedenklicher. Die wahren und gefühlten Inflationsraten steigen und das Wachstum nimmt an Momentum sogar noch zu, die Arbeitslosenraten steigen, besonders in Europas Süden.“* (<http://euro.teamstronach.at/de/eurokritische-haltung>)

⁴⁹ *„Die EU ist ein juristisches Monstrum bestehend aus Räten, Kommissaren, EU-Parlament und anderen Behörden und Institutionen. Allein schon die Wortwahl für die einzelnen Posten und Behörden lässt den Kenner erschauern. Erinnern diese Bezeichnungen doch sehr stark an im Sozialismus/ Kommunismus verwendete Terminologien.“* (<http://euro.teamstronach.at/de/eurokritische-haltung>). Stronachs Kritik an der Eurozone und den Rettungsprogrammen für Eurostaaten knüpfte auch an die EU- und Euroskepsis an, die in Österreich in hohem Masse vorhanden ist. In Österreich sind auch die Medien (vorrangig die Kronen Zeitung) deutlich EU-kritisch, woraus sich Auswirkungen bis in die SPÖ ergeben. Als ausgesprochen EU-kritische Partei hat sich die FPÖ seit Anfang der 90er-Jahre positioniert, ein Großteil ihrer Wählerschaft rekrutiert sich aus dem Lager der „EU-Enttäuschten“ (Pelinka 2005: 217; Oberkirch und Schild 2010: 69ff.), das TS ist in dieser Hinsicht direkter Konkurrent der FPÖ.

gefasste Personenkreis der „*Staatsbeamten*“ sowie Gewerkschafter.⁵⁰ Ihnen stehen die Fleißigen gegenüber, die wie Stronach selbst hart arbeiten und über hohe Leistungsbereitschaft verfügen. Stronach sieht sich als „*einer der führenden Wirtschaftspersönlichkeiten der Welt*“ und zugleich als „*Mann des Volkes, der ihnen*“ (den „DIE“ im binären Welt-Bild) „*ihr Spiel versauen kann*“ (Fürweger 2013: 155). Stronachs „WIR“ sind (wie bei der TP) eine homogene Gruppe von Menschen mit sehr unterschiedlichem sozioökonomischem Profil. Alle sind, wiederum wie bei der TP, EigentümerInnen und KapitalistInnen, vereint in der Biographie von Stronach vom Tellerwäscher zum Millionär.

Die Grenzziehung zwischen „Elite“ und „Volk“ verläuft dabei ähnlich der von „Arbeitenden“ und „Nicht-arbeiten-Wollenden“ in der TP. „Politik“ wird immer negativ gesehen, durchaus in Widerspruch zu seiner eigenen Lebensgeschichte (siehe unten). Probleme und Schwierigkeiten werden nicht systemisch oder funktionell erklärt, die Finanz- und Wirtschaftskrise wird nicht analysiert. Die Staatsschulden werden unabhängig und getrennt von der Finanzkrise gesehen respektive in einem Schwarz-Weiß-Schema Sündenböcken zugeschoben, - das sind vor allem „die Politiker“ oder „die Gewerkschaften“, z.B.

„Die Gewerkschaft soll nach den jetzt bekannt gewordenen Filialschließungen bei dayli darüber nachdenken, inwieweit sie für den Verlust von knapp 1.300 Arbeitsplätzen verantwortlich ist. Fakt ist, dass die betroffenen Mitarbeiter jetzt ohne Job sind, weil die Gewerkschaft innovative Geschäftsideen einfach abgedreht hat.“ (TS-Klubobmann Robert Lugar am 12.7.2013)⁵¹

Stronach lehnt wie die TP rhetorisch das Geschäft „*der Politik*“ generell ab und stilisiert sich wie diese als „*Bewegung*“ und nicht als „*Partei*“. Aber hinter Stronach steht keine breite Bewegung, wie bei der Tea Party in den USA. im Gegensatz zu dieser kann Stronach deshalb auch kein nationales Geschichtsnarrativ anbieten. Seine Geschichte reduziert sich auf ihn selbst, auf die Erfolgsgeschichte seines eigenen Lebens.⁵²

⁵⁰ So versuchte Stronach in seinem zweiten längeren ZIB2-Interview mit Armin Wolf am 9. April 2013 mehrmals Wolf auf die Rolle eines „Staatsangestellten“ festzulegen. Die Ablehnung der Gewerkschaften ist seit jeher in den Aussagen Stronachs und seines TS virulent. Im Juni 2013 flammte die Debatte dazu wieder auf, als der Klubchef des TS, Robert Lugar, die Abschaffung des ÖGB forderte, was von Frank Stronach später wieder abgeschwächt wurde (vgl. Standard vom 10.6.2013).

⁵¹ Aus dem Originaltext einer OTS-Presseaussendung (OTS0116 2013-07-12 13:33 121333 Jul 13 TSK0003 0109).

⁵² Über die letzten Jahrzehnte hinweg wurde Stronachs Leben in mehreren meist positiv affirmativen Biographien dargestellt (Peham 2004; Lilley 2006, Stronach 2012a, 2012b).

Wie in jedem demagogischen Denksystem wird bei Stronach Geschichte mythologisch und nicht faktenzutreffend erzählt. Krisen, Korruptionsvorwürfe und gescheiterte Projekte finden in Stronachs Selbsterzählungen keine oder nur cursorisch Erwähnung, dabei hat sich Stronach durchaus einen Ruf für ausgefallene Ideen erworben. Die Liste der verkündeten und fehlgeschlagenen Projekte ist lang, sie umfasst alleine für Österreich die „*World of Wonder*“ bei Ebreichsdorf mit geplanten 5,4 Millionen jährlichen Gästen, der Plan für die größte Pferderennbahn Europas, Stronach Engagement, den österreichischen Fußball auf Weltniveau zu heben sowie hochtrabende Pläne im Glückspiel (Fürweger 2013: 108ff.). Dabei schlägt Stronach (wie die TP) in seiner Wahlwerbung auch prophetische Töne an („*Wir befinden uns auf keinem guten Weg. Ich möchte den Menschen die Augen öffnen*“, nach Odehnal 2012).⁵³ Sein Geschichtsnarrativ besteht (wie in der TP) aus einer problematischen Gegenwart („Die“ haben das Sagen) und einer utopischen Zukunft: er würde Österreich „*zum höchsten Lebensstandard auf der ganzen Welt*“ führen (nach Fürweger 2013: 154). Dementsprechend wurde gesagt, der Tag der Bekanntgabe von TS sei „*ein sehr wichtiger Tag, der in die Geschichte Österreichs eingehen wird und der auch in die Geschichte der Welt eingehen wird.*“ (Der Standard vom 27.9.2012).

Stronachs Selbstüberhöhung dient gleichzeitig der Diskreditierung der GegnerInnen und KritikerInnen:

„Er, Stronach, wisse, was das Beste für Österreich sei, während Politiker keine Ahnung hätten, denn: „Die haben noch nie Löhne gezahlt. Die reden alle immer Blödsinn zusammen und haben noch nie Arbeitsplätze geschaffen. Ich bin stolz darauf, dass ich so viele Arbeitsplätze geschaffen habe“, erklärte er in der ZIB 2. In der *Krone* liest sich das so: „Viele Politiker können nicht einmal einen Greißlerladen führen. Herr Faymann und Herr Spindelegger, das sind nette, anständige Leute. Ich habe auch viele nette und anständige Leute in meiner Firma, aber sie sind nicht

Ausnahmen bilden Norbert Mappes-Niediek 2004 und Fürweger 2013. Die erst genannte Biographie trägt den Titel „Let’s be Frank: die unglaubliche Geschichte des heimlichen Kaisers von Österreich“. Hier wird nicht nur Kritik an der Mitarbeiter-Beteiligungsphilosophie Magnas geäußert, sondern auch Stronachs wirtschaftliches Engagement in der Steiermark und Niederösterreich und seine politischen Verflechtungen kritisch dokumentiert; ähnlich in der neuen Biographie von Fürweger über die Zeit nach 2004.

⁵³ „Er pflegt den patriarchalen Kommunikationsstil eines Erweckungspredigers, dem eine untrügliche Heilsbotschaft gegeben ist. Sie mag sich größtenteils aus Banalitäten zusammensetzen. Aber Stronach trägt sie mit erheblichen Sendungsbewusstsein vor und verleiht ihr dadurch vor allem bei jenen Überzeugungskraft, die des politischen Nullsummenspiels überdrüssig sind.“ (Joachim Riedl in *Die Zeit* vom 4.10.2012, www.zeit.de/2012/41/Frank-Stronach-Parteienguendung-Medien-Oesterreich, dl: 15.7.2013)

fähig, Manager zu sein. Die heutigen SP-Politiker, Arbeiterkammer- und Gewerkschaftsfunktionäre, wenige von denen haben Schmutz unter den Fingernägeln gehabt. Die sind weit weg von den Arbeitern“. (Fürweger 2013: 155)⁵⁴

Stronachs Politiker-Bild ist direkte Folge eines dualen Welt-Bildes, das er mit der TP teilt. „Die Politik“ ist immer schlecht (auch in ihrer Moralität), sein eigener Erfolg in der Wirtschaft hingegen Ausdruck seiner überragenden Ethik. Politik wird als Moralveranstaltung gesehen, die Kernbotschaft reduziert sich auf „Werte“. Dabei muss sich Stronach selbst (als „Super-Wir“ in einem demagogischen Welt-Bild, vgl. Ötsch 2000a) die höchsten Werte zusprechen, im Kontrast zur aktuellen Politik. Wirtschaftliche Tüchtigkeit und Erfolg sind moralisch fundiert und bilden zugleich ein Qualitätskriterium per se. Es befähigt zur Politik, - im Gegensatz zu jenen, die keinen Erfolg in der Wirtschaft vorweisen können. Stronach zieht aus seiner Lebensgeschichte die Legitimation, politisch „*im Management des Staates*“ tätig zu werden.

Die Selbstzuschreibung der Lebensgeschichte eines Milliardärs, der sich seinen Erfolg ganz alleine zuschreibt und HelferInnen und FördererInnen kaum nennt, gerinnt zur Vorlage über das gesellschaftliche und politische System insgesamt. Die Gesellschaft muss von oben – von der Perspektive der wirtschaftlich am meisten Erfolgreichen gesehen werden, nicht im Verbund des Zusammenwirkens aller. Der Erfolg der Supereichen, den sie ja auch einer Gesellschaft verdanken, die jene Spielregeln stützt, die ihren Erfolg erst möglich gemacht hat, gibt die Legitimation die eigentliche Macht in der Gesellschaft (die in unserer Einschätzung immer noch bei der Politik liegt) erringen zu wollen.

Aber Stronachs eigene Lebensgeschichte steht im Gegensatz zu seiner mythologischen. Stronach hat oft erfahren, dass wirtschaftlicher Erfolg direkt von politischen Rahmenbedingungen abhängig ist, wie z.B. von dem Freihandelsabkommen 1965 zwischen den USA und Kanada, dass den Aufschwung der kanadischen Autoteile-Industrie erst möglich machte. Stronachs Firmen haben direkt von politischen „Eingriffen“ profitiert, z.B. von den Regionalförderungen in Kanada (zwischen 1981 – 1986 im Ausmaß von 115 Mio. kanadischen Dollar, Fürweger 2013: 33) und von Zuwendungen der öffentlichen Hand in der Steiermark (mindestens 97,8 Mio. € an Förderungen und 100 Mio. € an geförderten Krediten, Fürweger 2013: 106f., ähnlich auch in Mappes-Niediek 2004).

⁵⁴ Vgl. auch: www.ots.at/presseaussendung/OTS_20130709_OTS0162/stronachlugar-zu-oevp-frank-stronach-weiss-wie-man-arbeitsplaetze-schafft?utm_source=2013-07-09&utm_medium=email&utm_term=inline&utm_content=html&utm_campaign=mailaboeinzel

Stronach hat aus diesem Grund immer den Kontakt zu politisch Mächtigen gesucht, unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung (oder ihrer „Werte“). Zwei Prozent der Gewinne von Magna werden für „*social responsibility*“ verwendet, worunter auch Zuwendungen für politische Parteien zählen. In Stronachs Biographie gibt viele Beispiele für sein enges Zusammenspiel mit der Politik. In Kanada unterhielt Stronach enge Kontakte mit Politikern, viele von ihnen waren im Board seiner Firma (Lilley 2006: 118). Stronach war auch mit den Premierministern Pierre Trudeau (liberal) und Brian Mulroney (konservativ) befreundet und war auch selbst liberaler Kandidat für die kanadischen Unterhauswahlen 1988 (Fürweger 2013: 32).⁵⁵ Die enge Bindung an die Politik hat Stronach auch in Österreich praktiziert. Er war z.B. Berater von Bundeskanzler Franz Vranitzky, dieser war dann (gemeinsam mit dem *Bank Austria*-Chef Gerhard Randa und mit Rudolf Streicher, Generaldirektor der *Steyr-Daimler-Puch AG*) Aufsichtsrat bei *Magna International*.

Die engen Kontakte zur Politik waren für Stronach bei entscheidenden Ereignissen durchaus gewinnbringend (Zwander 2012). Magna stand 1990/91, ausgelöst durch eine Absatzkrise der drei großen US-Autofirmen, vor einer bedrohlichen Krise (der Börsenkurs brach um 95% ein), Stronachs Lebenswerk war gefährdet. Die Hausbank (*Bank of Nova Scotia*) stellte Magna Kredite fällig, wollte Stronach aus dem Konzern entfernen und durch einen Sanierer ersetzen. Stronach konnte überleben, weil die Politik sowohl in Kanada als auch in Österreich rettend einsprang (nach Fürweger 2013: 35ff): In Kanada holte Stronach einen ehemaligen Handelsminister als Trouble-Shooter an Bord. Dieser war mit dem Vorstandsvorsitzenden der besagten Bank befreundet und erledigte das Kreditproblem mit einem Telefonanruf. In Österreich übernahm die (damals noch verstaatlichte) VOEST in Form eines Joint Ventures die Hälfte der Anteile an fünf Magna-Standorten in Europa.

Aber auch bei wichtigen Expansionsschritten war „*die Politik*“ hilfreich. Ein bekanntes Beispiel ist die geglückte Übernahme der Anteile der Creditanstalt an der *Steyr-Daimler-Puch AG* (66,8%) und an der *Steyr-Daimler-Puch Fahrzeugtechnik AG* (50%) im Jahre 1998, - ein hochpolitischer Deal, bei dem auch Vranitzky mithalf, den Mitbieter Hannes Androsch nicht zum Zuge kommen zu lassen.

Stronach war bis zur Gründung der eigenen Partei mit fast allen politischen Lagern in Österreich eng vernetzt. „Stronach hielt sich“, wie ein Biograf schreibt, „in Österreich einen

⁵⁵ Die Kampagne misslang, sein Rivale befolgte dabei erfolgreich die Strategie, „*they more we could expose him, and keep him talking, the more votes we had.*“ (Lilley 2006: 124).

ganzen Hofstaat von ehemaligen Politikern“ (Fürweger 2013: 60). Beispiele sind Karl-Heinz Grasser, ehemaliger Landeshauptmannstellvertreter in Kärnten (er war von 1998 bis 2000 bei Magna *Vice President for Human Resources and Public Relations*),⁵⁶ Andreas Rudas, ehemaliger Geschäftsführer der Bundes-SPÖ (2000-2005 bei Magna), Mathias Reichhold, Kurzeit-Verkehrsminister 2002 (2003-2006) und Peter Westenthaler, ehemaliger Klubobmann der FPÖ (2002-2004).

5.3. Marktradikale Ideologien

Das Bild „der Politik“, das Stronach verbreitet, ist Ausdruck eines marktradikalen Denkens, das er mit der TP teilt. „Politik“ wird hier stereotyp „der Wirtschaft“ gegenübergestellt und mit eindeutigen Bewertungen versehen. „Die Politik“, wie sie jetzt abläuft, sei moralisch schlecht, wirtschaftlicher Erfolg hingegen, wie Stronach ihn selbst vorzuweisen hat, beruhe auf den richtigen „Werten“. Die Typologie von Moralitäten ist zugleich eine Zuschreibung von politischen Inhalten. „Die Politik“ hat sich nach Stronach immer „der Wirtschaft“ unterzuordnen. Stronachs Credo ist *"Die Wirtschaft, die Wirtschaft, die Wirtschaft."* (*Der Standard* vom 27.9.2012). Das Steuersystem soll zum Vorteil von reichen Personen und von Unternehmen umstrukturiert werden, eine progressive Einkommenssteuer wird abgelehnt.⁵⁷ Bildung z.B. wird instrumentell zum Nutzen „der Wirtschaft“ gesehen, die Höhe der Studienbeiträge etwa soll sich *„nach dem Bedarf in Industrie, Wirtschaft und Gesellschaft orientieren“* (TS 2013: 33).⁵⁸ Der Staat insgesamt müsse wie ein Unternehmen geführt werden, die einzige Richtschnur ist Effizienz. Bei allem gelte ohnehin Stronachs „Goldene Regel“: *„Wer das Geld hat, macht die Regeln.“*

⁵⁶ Nach einem Bericht von *Globe and Mail* soll Stronach Grasser schon damals für die Ideenfindung zur Gründung einer eigenen Partei angeheuert haben (nach Lilley 2006: 206).

⁵⁷ Für Private wie für Unternehmen wird eine Einheitssteuer vorgeschlagen (*flat tax*). Firmen, die einen bestimmten Teil ihrer Nettoprofiten investieren, sollen von jeder Steuerleistung befreit werden. Vgl. Stronach, Frank: Formula for American job growth. Flat tax that rewards domestic hiring would reignite productivity, *The Washington Times*, 4.10.2011 (www.washingtontimes.com/news/2011/oct/4/formula-for-american-job-growth, dl: 15.7.2013)

⁵⁸ *„Wer [...] unbedingt etwas studieren will, das weniger gebraucht wird, soll dafür selbst bezahlen.“* (nach Fürweger 2013: 137) Im Parteiprogramm des TS wird gefordert, dass *„sich die jeweilige Höhe der Studienbeiträge nach dem Bedarf in Industrie, Wirtschaft und Gesellschaft orientieren soll.“* (TS 2013, 33)

Stronach als Milliardär bestimmt folgerichtig autoritär die gesamte „*Bewegung*“:⁵⁹

„Es heißt ja Team Stronach, weil er die Werte vorgibt. Er gibt die Werte vor und er ist wie ein Aufsichtsrat, der überprüft, ob alles so gemacht wird, wie er es möchte.“ (TS-Klubobmann Robert Lugar im Interview mit Armin Wolf in ZIB 2 am 2.1.2013)

Stronachs Marktradikalismus kann auch an seinem Verständnis von Demokratie studiert werden. Hier folgt er, wie die TP, den Konzeptionen von Friedrich August Hayek, in *Franks Welt* übernimmt er sogar direkt die Terminologie von Hayek. So schlägt Stronach in Bezug auf die Reduktion von Verwaltungen und Bürokratie vor, „*einen Beirat (...) aus unabhängigen angesehenen Personen*“ zu bilden, die effiziente Lösungen ohne „*parteilich motivierte Diskussionen*“ (Stronach 2012a: 66) entwickeln sollten. Ein ähnliches „*Weisenkomitee*“ sollte auch Pläne für eine Steuersenkung ausarbeiten (Stronach 2012a: 24).⁶⁰ Stronach lehnt sich hier direkt an Hayek an. Dieser will in seinem elitären Konzept einer „*Demarchie*“ einen „*Weisenrat*“ für Grundsatzentscheidungen einrichten, der aus „*erfahrenen und erfolgreichen*“ Menschen bestehen soll (Hayek 1981, 156) bzw. den „*most successful members of a class*“ (Hayek 1978: 103), Parteimitglieder sind dabei dezidiert ausgeschlossen. Implizit übernimmt Stronach in seiner Ablehnung des Staates als wirtschaftlichen Akteur auch Hayeks Unterscheidung zwischen „*gewachsenen*“ (*nomos*) und „*gemachten*“ Gesetzen (*thesis*), die dieser in seiner Theorie der spontanen Ordnung formuliert hat (Hayek 1960, 1979, teilweise schon in Hayek 1944). So meint Stronach in einer seiner Kolumnen etwa: „*Wir müssen anerkennen, dass die Gesetze der Wirtschaft – ähnlich den Naturgesetzen – auf Dauer stärker sind als Regeln, die vom Menschen gemacht werden.*“ (Stronach 2012a: 99)

⁵⁹ Auf der Milliardärsliste von *Forbes* wird Stronach mit einem Nettovermögen von 1,2 Mrd US-\$ (für März 2013) auf Position 1175 geführt (www.forbes.com/profile/frank-stronach)

⁶⁰ Die Vorstellung einer Expertokratie, wie sie im Rat der Weisen angelegt ist, zeigt sich auch im oftmaligen Verweis von Stronach auf „*ExpertInnen*“, die Detailfragen zu klären hätten. Auch für das Grundsatzprogramm wurde ein ExpertInnengremium eingesetzt, das in den jeweiligen Sachbereichen Vorschläge entwickeln sollten. Dabei wurde laut Standard vom 8.4.2013 unter anderem folgende Personen angefragt: Hans Sünkel (Ex-Rektor TU Graz) für Bildung und Forschung, der Ökonom Wilhelm Hankel (für die AfD aktiv, siehe unten) für EU- und Wirtschaftspolitik, Stefan Wehinger (Ex-ÖBB- Vorstand und Mitgründer der Westbahn) für Verkehrspolitik, Leo Steinbichler (ehemaliger ÖVP-Bundesrat, Bezirksbauernobmann und „Agrarrebelle“) für Agrarpolitik. (Vgl. „Viele Inputgeber für Stronachs Parteiprogramm“, In *Der Standard* vom 8.4.2013, <http://derstandard.at/1363707323137/Viele-Inputgeber-fuer-Stronachs-Parteiprogramm> (dl: 13.5.2013))

Aber nicht alle Experten sind Stronach genehm. Im Auftrag des Bundeskanzleramtes schätzte das Institut für Wirtschaftsforschung, dass die heimische Wirtschaft (als Folge des von Stronach zuerst geforderten Euroaustritts der Problemländer) stark schrumpfen würde, diese ExpertInnen wurden dann von Stronach auf das übelste beschimpft. (nach Fürweger 2013, 159).

Die ideologische Nähe von Stronach zu den Demokratie- und Politikkonzeptionen Hayeks zeigt sich auch auf personeller Ebene: die Geschäftsführung des schon 2011 gegründete Frank Stronach *Institut für Sozialökonomische Gerechtigkeit* (FSISÖG) wird von Barbara Kolm-Lamprechter, Generalsekretärin des *Hayek-Institutes Österreichs*, wahrgenommen.⁶¹ Interessant ist auch die aktive Rolle von Wilhelm Hankel im Team Stronach und damit die Verbindung zur *Alternative für Deutschland*. Hankel hat, wie erwähnt, gemeinsam mit den Ökonomen und Juristen Nölling, Schachtschneider und Spethmann schon 1997 eine Klage gegen die Einführung des Euro eingereicht und auch 2010 gegen die Kredite für Griechenland vor dem deutschen Verfassungsgerichtshof geklagt.

6. Zusammenfassung

In diesem Paper wurden die US-amerikanischen Tea Party (TP), das „Team Stronach“ (TS) und die „Alternative für Deutschland“ (AfD) analysiert. Alle drei „Bewegungen“ entstehen im Kontext von Krisen: die TP in direktem Reflex auf die Finanzkrise 2008, AfD und TS in direktem Bezug zur Finanzierungskrise von Eurostaaten.⁶²

Die Finanzkrise seit 2008 hat viele Ursachen. Eine wichtige Ursache liegt in dem jahrzehntelangen Programm einer Deregulierung, vor allem von Finanzprodukten, das federführend von den USA und Großbritannien getragen wurde und in vielen Maßnahmen der EU ihren Niederschlag fand. Die ÖkonomInnen, PolitikerInnen und RegulatorInnen, die

⁶¹ Vgl. „Frank Stronach krempelt die Ärmel wieder auf.“ In *Die Presse* vom 18.11.2011, <http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/kordiconomy/709927/Frank-Stronach-krempelt-die-Aermel-wieder-auf> (dl: 23.3.2013).

⁶² Die Finanzierungskrise von Eurostaaten ist nach unserer Einschätzung eine Folge der Finanzkrise 2008, wenngleich sie im öffentlichen Diskurs meist als eigenständiges Phänomen dargestellt wird. Die Statistiken der Staatsverschuldung seit der Einführung des Euro zeigen eindeutig, dass in fast allen Euroländern der Staatsschuldenanteil (Staatsschulden in Prozent des BIP) von 1999 bis 2001 in etwa stabil gewesen ist, ab 2002 ist die Quote im Durchschnitt und bei fast allen Ländern leicht gesunken. Seit 2008 sind die Quoten in fast allen Ländern stark gestiegen (vgl. das Schaubild unter www.bbc.co.uk/news/business-133619309). Der behauptete Zusammenhang der Staatsschuldenkrise mit überbordenden Sozialansprüchen („Wir haben über unserer Verhältnisse gelebt“) kann empirisch nicht bestätigt werden, zudem wurde der Sozialstaat seit 2000 in Europa nicht nennenswert ausgebaut. Die Ursachen für die gestiegenen Staatsschuldenquoten liegen demgegenüber in der Krise ab 2008: (1) vor allem im Wirtschaftsabschwung 2009 und den durch die „eingebauten Stabilisatoren“ ausgelösten Auswirkungen, (2) in den Staatsreaktionen auf die Krise, v.a. den Konjunktur- und Bankenpaketen, und (3) darin, dass das kreditfinanzierte Wachstumsmodell der „Euro-Südstaaten“ (mit vorher hohen Wachstumsraten) zusammengebrochen ist.

dieses Programm forciert haben, waren dabei grundlegend von neoliberalen Ideen geleitet. Sie teilten die Überzeugung, „freie“ Märkte würden permanent zu einem Gleichgewicht führen, sie würden sich also von selbst stabilisieren, und eine „Entfesselung der Wirtschaft“ könne keine strukturelle Krise des Gesamtsystems zur Folge haben. Aber die Krise 2008 war eine systemische Krise und die neoliberale Ideologie „des Marktes“ steht seither zu Recht unter Kritik. (Selbst der frühere Chef der US-Notenbank Alan Greenspan, einer der mächtigsten Fürsprecher vieler Deregulierungen, hat sich öffentlich von seiner früheren Überzeugung distanziert.)⁶³

Die Antwort auf die Krise des Neoliberalismus (sowohl als Wirtschafts- als auch als Denksystem), welche die drei erwähnten „Bewegungen“ auf der politischen Ebene geben, ist erstaunlich. Sie wollen den neoliberal geprägten Kapitalismus der letzten Jahrzehnte aus seiner selbst verursachten Krise retten, indem sie die Marktideologie auf neue Weise radikalisieren. Sie nehmen dabei auf wohlbekannte Wurzeln Bezug, u.a. auf Hayek (vgl. Ötsch 2009), wobei die philosophischen Argumente von Hayek auf platte Schlagwörter reduziert werden. Ihr Ziel ist es, ein positives Klima für den Kapitalismus zu schaffen, wobei sie nostalgisch auf seine „schönen“ Seiten rekurren: die TP auf die mythisch verbrämte Zeit der Gründungsväter, die AfD auf eine verklärte „soziale Marktwirtschaft“ der Nachkriegszeit und Stronach auf eine romantische Art von Wirtschaftsführung, die auf bewährten patriachalen Strukturen ruht und gleichzeitig erfolgreich ist. Die gegenseitigen Bezüge liegen auf der Hand: eine gute Verfassung, eine harte Währung und hart arbeitende Menschen bringen eine bessere Zukunft, in der die aktuelle Krise überwunden ist. Dabei wird immer auch moralisch argumentiert, Stronach spricht in der Wahlwerbung inhaltsfrei nur noch von „Werten“. Gute Werte sollen den „eigentlichen“ Kapitalismus retten. Finanzkapitalistische Strukturen (z.B. die Dominanz der großen Banken) werden ausgeblendet, der Kapitalismus wird auf einen „guten“ Kern reduziert, der in einer moralischen Neubesinnung (wieder)aktiviert werden soll.

⁶³ Am 23.10.2008 musste Greenspan in einer Anhörung vor dem US-Kongress zugeben, er habe einen „Fehler“ in der Ideologie des freien Marktes gefunden und sei in seiner Ablehnung, komplexe Derivatgeschäfte streng zu regulieren, „falsch“ gelegen. Vgl. www.bloomberg.com/apps/news?pid=newsarchive&sid=a7is5F_Do6N0, dl: 13.11.2008). Vgl. auch Black, William K.: Greenspan's Laissez Fairy Tale, *New Economic Perspectives*, 10.1.2012 (<http://neweconomicperspectives.blogspot.com/2012/01/greenspan-laissez-fairy-tale.html>, dl: 26.1.2012)

Dabei wird auf altbewährte neoliberale Klischees zurückgegriffen: die „gute“ Wirtschaft wird der „schlechten“ Politik gegenübergestellt. Der Staat wird als wirtschaftlicher Akteur verunglimpft, „der Politik“ wird Ineffizienz, „*verkrustete Verwaltung und Bürokratie*“ (Stronach), Stillstand und Systemerhalt attestiert. „Die Wirtschaft“ wird dabei nicht faktisch, sondern ideologisch gesehen. Sie wird auf ihren „guten Kern“ reduziert und kann die Richtschnur für moralisches Handeln und gesellschaftliche Prozesse und Regelsystemen abgeben. Dabei muss „die Politik“ konsequent „der Wirtschaft“ untergeordnet werden, - ähnlich wie im neoliberalen Diskurs die politische der ökonomischen Freiheit untergeordnet wird.

Die drei erwähnten Richtungen reformulieren die Dualität von Markt und Staat als personale Dualität von moralisch guten „Wir“ zu den moralisch schlechten „Die“. Das neoliberale Denken wird damit in ein demagogisches Welt-Bild hineingestellt. In diesem Bild wird die Existenz einer „Elite“ behauptet, die „dem Volk“ gegenübersteht. Aber zugleich wird ein neues Elite-Denken propagiert, weil die ökonomisch Tüchtigen und Reichen im Gegensatz zu den „Nicht-arbeiten-Wollenden“ gestellt werden. Die „guten“ Kapitalisten, sogar Milliardäre, verschmelzen auf diese Weise mit „dem Volk“. Sie sind auch als Sprecher des „gutes Marktes“ politisch zur Herrschaft legitimiert (Die AfD speist sich vor allem aus dem Selbstverständnis von ÖkonomInnen als „objektive BeobachterInnen“, - im Gegensatz zu interessegeleiteten PolitikerInnen, die – wie bei der TP und im TS - nur auf ihren eigenen Vorteil aus sind). Die marktradikale ideologische Basis der Bewegungen manifestiert sich auch in ihren Demokratie- und Politikkonzeptionen. Die von Hayek entwickelte Vision einer KapitalistInnen- und EigentümerInnengesellschaft dient dabei als Referenz für das dichotome Verständnis aus „problematischer Gegenwart“ und „utopischer Zukunft“.

Ein solches politisches Denken genießt das Wohlwollen reicher Kreise und wird von ihnen gefördert. Die drei erwähnten „Bewegungen“ werden auch von sehr reichen Personen finanziert (in der AfD indirekt z.B. über August von Finck, er war 2010 der fünftreichste Deutsche).⁶⁴ In gewisser Weise stellen sie eine „Revolt von oben“ dar. Personen, die von der Umformung des Wirtschaftssystems bis zur Krise profitiert haben (u.a. wurden die Vermögen deutlich ungleicher), fordern jetzt offen, die progressive Einkommensbesteuerung

⁶⁴ So kann zwar kein direkter Zusammenhang zwischen August von Finck und der AfD nachgewiesen werden. Finck unterstützte allerdings Kampagnen des *Bund freier Bürger*, sowie des *Bürgerkonvent*, die beide gegen den Euro bzw. EU-Zentralmacht eingetreten sind und zudem enge personelle Verknüpfungen zur AfD aufweisen (z.b. Joachim Starbatty, bzw. Beatrix von Storch).

abzuschaffen⁶⁵ und den Sozialstaat abzubauen. Die hohe Ungleichheit würde durch diese Vorschläge nochmals drastisch forciert werden.

In dieser Hinsicht kann das politische Vorhaben von Frank Stronach als personifizierte Tea Party tituiert werden. Es ist, als ob die Finanzierer der TP aus nur einer Person bestehen würden, die selbst – ohne großes Engagement einer „Graswurzelbewegung“ – alle Inhalte und Schritte der selbst ernannten „*Bewegung*“ autoritär bestimmt.

Literatur

- Alternative für Deutschland (AfD) (2013): Unser Wahlprogramm. www.alternativefuer.de/de/wahlprogramm.html (dl: 21.7.2013).
- Arendt, Florian (2009): Explizite und implizite kultivierende Wirkung der Kronen Zeitung. Eine empirische Untersuchung von Kultivierungseffekten auf explizite und implizite politische Einstellungen. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 57 (2), 217-237.
- Arendt, Florian (2010): Wie wirkt die Krone? Ein Überblick über den Stand der Forschung über die Wirkung der Kronen Zeitung, *Medienimpulse – Beiträge zur Medienpädagogik* 2/2010.
- Benesch, Emil (2003): Das Magna Projekt in Ebreichsdorf – ein Beispiel politischer Planung in Niederösterreich: vom Magna Globe Resort Park zum Magna Pferdesportpark, Diplomarbeit an der Universität für Bodenkultur, Wien.
- Berg, John C. (2011): President Obama, the Tea Party Movement, and the Crisis of the American Party System: Suffolk University, April 29, <http://ssrn.com/abstract=1879523> (dl: 13.5.2013).
- Berger, Jens (2013): Können Marktradikale und Nationalchauvinisten eine „Alternative für Deutschland“ sein? In: *Nachdenkseiten. Die kritische Website.* www.nachdenkseiten.de/?p=16524 (dl: 21.7.2013).
- Beyer, Karl Michael; Ötsch, Walter Otto; Mader, Laura (2013): Die Finanzkrise 2007-2009 als Krise von Schattenbanken. Eine einführende institutionelle Analyse, ICAE Working Paper Series 17 (Juli).
- Ekins, Emily McClintock (ohne Jahresangabe): The Character and Economic Morality of the Tea Party Movement, Social Science Research Network, <http://ssrn.com/abstract=1920840yy>.
- Frank, Thomas (2012): *Pity the Billionaire. The Hard-Times Swindle and the Unlikely Comeback of the Right*, Metropolitan Books, New York.
- Funke, Michael; Lucke, Bernd und Straubhaar, Thomas (2005): *Hamburger Appell.* www.wiso.uni-hamburg.de/fileadmin/wiso_vwl_iwk/paper/appell.pdf (dl: 22.03.2013)
- Fürweger, Wolfgang (2013): *Frank Stronach. Eine Biografie*, Überreuter Wien.
- Gast, Henrik und Kühne, Alexander (2011): Zwischen Marktradikalität und sozialer Missgunst: Die Tea Party und ihre Anhänger, *Politik und Zeitgeschichte*, 51-52.

⁶⁵ Die AfD lehnt ein progressives Steuersystem nicht ganz ab, tritt aber für ein Senkung des Höchststeuersatzes auf 25% ein (Kirchhoffsches Steuermodell, AfD 2013).

- Goldstein, Jared A. (2011): The Tea Party Movement and the Perils of Popular Originalism, *Arizona Law Review*, vol. 53, 827 -866.
- Habbu, Aditya (2011): The Neoliberal Legitimation Crisis of 2008, *Carceral Notebooks*, Work-In-Progress Paper series, Paper No. 2 (May 19) (<http://ssrn.com/abstract=1892879>).
- Hayek, Friedrich August (1944): *The Road to Serfdom*. Chicago: Chicago University Press.
- Hayek, Friedrich August (1960): *Constitution of Liberty*. Chicago University Press, Chicago.
- Hayek, Friedrich August von (1978): *New Studies in Philosophy, Politics, Economics and the History of Ideas*. Routledge, London.
- Hayek, Friedrich August von (1979): *Drei Vorlesungen über Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus*. J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen.
- Hayek, Friedrich August von (1981): *Recht, Gesetzgebung und Freiheit*. Band 3: Die Verfassung einer „Gesellschaft freier Menschen“. Verlag moderne Industrie, Landsberg am Lech.
- Häusler, Alexander (2013): Chaos und politische Stümperei prägen Bild der AfD. Interview im Handelsblatt vom 15.7.2013, www.handelsblatt.com/politik/deutschland/wissenschaftler-chaos-und-politische-stuemperei-praegen-bild-der-afd/8498122.html, (dl: 21.7.2013).
- Hirte, Katrin (2013): *ÖkonomInnen in der Finanzkrise*. Diskurse, Netzwerke, Initiativen, Metropolis, Marburg (im Erscheinen).
- Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) (2005): *Anzeigenstrecke zum Hamburger Appell*.
- Kapeller, Jakob; Pühringer, Stephan (2012): *Democracy in liberalism and neoliberalism. The Case of Popper and Hayek*. ICAE Working Paper Series 10.
- Kemper, Andreas (2013): *Rechte Euro-Rebellen*. Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e.V. Münster: edition assemblage assemblage e.V.
- Kirby, David und Ekins, Emily (2012): *Libertarian Roots of the Tea Party*, Cato Institute, Policy Analysis, no 705, 7. August.
- Lemuel, Joel M. (2010): *The Radical Voice in the Rhetoric of the Tea Party Movement*. Communication Theses, Paper 63.
- Lilley, Wayne (2006): *Magna Cum Laude. How Frank Stronach Became Canada's Best Paid Man*, McClelland & Stewart, Toronto
- Lucke, Bernd (2010): *Gründungsaufwurf zum Plenum der Ökonomen*, www.wiso.uni-hamburg.de/lucke/?page_id=375 (dl: 21.7.2013).
- Mappes-Niediek, Norbert (2004): *Let's be Frank: Die unglaubliche Geschichte des heimlichen Kaisers von Österreichs*. Campus Verlag, Frankfurt am Main.
- Messick, Kim: *The Tea Party's paranoid aesthetic*, Salon, 10.8.2013.
- Oberkirch, Thomas und Schild, Joachim (2010): *wachsender Euroskeptizismus – Anatomie eines Phänomens*, Universität Trier / Politikwissenschaft und Europäische Akademie Otzenhausen: Arbeitspapiere zur Europäischen Integration Nr. 6, Dezember.
- Odehnal, Bernhard (2012): *Der Revolutionär mit Steuerdomizil Zug*, *Der Tagesanzeiger* vom 8.5.2012, www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/unternehmen-und-konjunktur/Der-Revolutionaer-mit-Steuerdomizil-Zug/story/25875054 (dl: 1.8.2013).
- Österreichischer Rundfunk (ORF) (Hg.) 1983: *Franz Kreuzer im Gespräch mit Friedrich von Hayek und Ralf Dahrendorf*, Franz Deuticke, Wien.
- Ötsch, Walter Otto (2002a) *Haider Light*. Handbuch für Demagogie, Czernin Wien (5. Auflage).

- Ötsch, Walter Otto (2002b): Demagogische Vorstellungswelten. Das Beispiel der Freiheitlichen Partei Österreichs. In: Hauch, Gabriella, Hellmuth, Thomas, Pasteur, Paul (Hg.), Populismus. Ideologie und Praxis in Frankreich und Österreich, Innsbruck: Studienverlag, 93-104.
- Ötsch, Walter Otto. (2009): Mythos Markt. Marktradikale Propaganda und ökonomische Theorie, Metropolis, Marburg (2. Auflage).
- Peham, Helga (2004): Frank Stronach. Eine Erfolgsstory. Ibero, Wien.
- Plasser, Fritz und Seeber, Gilg (2010): Wahlentscheidung in der Boulevard-Demokratie: Die Kronen Zeitung, News Bias und Medieneffekte. In: Plasser, Fritz (Hrsg.): Politik in der Medienarena. Praxis politischer Kommunikation in Österreich. Facultas, Wien, 273-312.
- Pühringer, Stephan (2011): Frei Handeln? Liberales und neoliberales Freiheitskonzept und ihre Auswirkungen auf die Verteilung von Macht und Eigentum. Peter Lang Verlag Frankfurt am Main.
- Pühringer, Stephan; Hirte, Katrin (2012): Erdbeben, Fieber und zarte Pflänzchen. Chronologischer Verlauf des Finanzkrisen-Diskurses deutschsprachiger ÖkonomInnen. ICAE Working Paper Nr. 9. ICAE Universität Linz.
- Pühringer, Stephan; Hirte, Katrin (2013): The financial crisis as a tsunami. Discourse profiles of economists in the financial crisis. In: Journal of Language and Politics (im Druck).
- Pühringer, Stephan (2013): Aus den Vorhöfen der Macht in die Medien zur eigenen Partei. Formen der Einflussnahme von ÖkonomInnen auf Politik und Wirtschaft im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrisenpolitik. ICAE working paper series 20.
- Rae, Nicol C. (2011): The Return of Conservative Populism: The Rise of the Tea Party and its Impact on American Politics, Florida International University. Paper presented at the Annual Meeting of the American Political Science Association, Seattle, Washington, September 1-4, 2011. (<http://ssrn.com/abstract=1911985>).
- Scheiber, Noam (2011): The Escape Artists. How Obama's Team Fumbled the Recovery, Simon & Schuster, New York et al.
- Schoen, Harald (2010): Mehr als ein Auslöser der Neuwahl? Die Europapolitik, die Kronen Zeitung und die Wahlentscheidung 2008. In: Plasser, Fritz (Hrsg.): Politik in der Medienarena. Praxis politischer Kommunikation in Österreich. Facultas, Wien, 313-338.
- Speth, Rudolf (2004): Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Düsseldorf (Hans Böckler Stiftung, Arbeitspapier Nr. 96).
- Speth, Rudolf (2006): Advokatorische Think Tanks und die Politisierung des Marktplatzes der Ideen, Berlin (Friedrich Ebert Stiftung, betrifft: Bürgergesellschaft 24).
- Statistik Austria (2012): Druckauflage und verkaufte Auflage der österreichischen Tageszeitungen 2001 bis 2011 im Jahresdurchschnitt. www.statistik.at/web_de/static/druckauflage_und_verkaufte_auflage_der_oesterreichischen_tageszeitungen_20_021213.pdf (dl: 21.7.2013).
- Stronach, Frank (2012a): Frank's Welt. Wahrheit, Transparenz und Fairness in Politik und Gesellschaft. Ueberreuter, Wien.
- Stronach, Frank (2012b): I, Frank – The Magna Man. My Road to Economic Freedom. Harper Collins Publishers, Toronto.
- Stronach, Frank (2012c): Ein Wegweiser für Österreich von Frank Stronach. Eine Revolution für Österreich!.

Team Stronach (2012): Grundsatzprogramm Team Stronach für Österreich. Fassung Nov. 2012.

Team Stronach (2013): Grundsatzprogramm Team Stronach für Österreich. Endgültige Fassung April 2013.

Team Stronach OÖ (2013): Satzung der politischen Partei ‚Team Stronach für Oberösterreich‘.

Zwander, Wolfgang (2012): Stronachs Staatsaffären. Frank Stronach schimpft auf die Politik, obwohl er von ihr mehrfach gerettet wurde. Falter 28/12. (www.falter.at/falter/2012/07/10/stronachs-staatsaffaeren (dl: 21.7.2013)).